

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der Maximalen Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 176.

Mittwoch, den 1. August 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Entwurf eines Aktionsprogramms

für die

Kommunalwahlen in der Provinz Schleswig-Holstein, dem Fürstenthum Lübeck und dem Herzogthum Lauenburg.

Die Gemeinde im kapitalistischen Staat kann nur wirken auf Grundlage der gegebenen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. Sie ist nicht im Stande, für sich allein die bestehenden sozialen Gegensätze aufzuheben. Immerhin kann man in ihrem Rahmen auch heute schon dem moralischen und physischen Elend, das der Kapitalismus für die arbeitenden Volksmassen stets zu vermehren strebt, entgegenwirken und zur körperlichen und geistigen Wiedergeburt der Arbeiterklassen beitragen.

Deshalb ist es Aufgabe des klassenbewussten Proletariats, Alles anzubieten, um seine Macht in den Gemeindevertretungen zu stärken und die Selbstständigkeit, wie die ökonomischen und politischen Machtmittel der Gemeinden zu vermehren.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordern wir für die Gemeinden:

A. Vom Staate.

1. Völlige Selbstverwaltung für die Gemeinde. Das Bestätigungsrecht gegenüber den von der Gemeinde gewählten Beamten ist aufzuheben. Wahl der Bürgermeister, Stadträte und Gemeindevorstände auf kurze Fristen.

2. Für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenkollegium und Magistrat (Gemeindevorordnete und Gemeindevorstand) ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle mündigen Personen ohne Unterschied des Geschlechts und unter Anwendung des Proportionalwahlsystems einzuführen. Das Wahlrecht darf durch den Empfang irgend welcher Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht aufgehoben oder beschränkt werden.

Die Wahlen haben an einem gesetzlichen Ruhetage stattzufinden.

Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind öffentlich abzuhalten und vorher öffentlich bekannt zu geben. Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter.

Den Gemeindevertretern steht Immunität bei Ausübung ihres Amtes zu.

3. Weltlichkeit der Schule und Verbesserung des Lehrsystems. Schaffung einer einheitlichen Volksschule mit obligatorischem Besuch. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschulen, die kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

Obligatorischer dreijähriger Fortbildungsschulunterricht für beide Geschlechter, Ertheilung des Fortbildungsschulunterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit.

Für die Wahlen zu den Schulvorständen gelten die unter 1. aufgestellten Forderungen.

4. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.

Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, die ihre Angelegenheiten vollständig selbstständig ordnen.

5. Uebernahme der Lasten für Schul-, Armen-, Gesundheitswesen, sowie für den Bau und Unterhalt der großen Verkehrs- und Durchgangsstraßen und die Regulierung der Wasserläufe durch den Staat.

6. Uebernahme der Markt-, Bau-, Wohnungs-, Verkehrs-, Gesundheits- und Sicherheitspolizei auf die Gemeindeverwaltung.

7. Erweiterung des Expropriationsrechts (Enteignungsrecht) der Gemeinden.

B. Von der Gemeinde:

1. Die Gemeindesteuern sind, unter Ausschluß der Kopfsteuer, auf direkte Steuern mit steigender Belastung der leistungsfähigen Steuerzahler zu beschränken. Ausschluß jeder indirekten Abgabe, der Verbrauchs- und Aufwandssteuern, sowie der Besteuerung des Umsatzes anderer Gegenstände als Grund und Boden oder Gebäude.

2. Errichtung von Schulkantinen zur Verpflegung der Schulkinder. Anstellung von Schulärzten zur regel-

mäßigen Untersuchung und ärztlichen Beaufsichtigung der Schüler, Schulen und Schuleinrichtungen. Errichtung von Schulbädern. Ferienkolonien für kränkliche Kinder. Festsetzung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen auf eine mäßige Höhe, die einen gedeihlichen Unterricht ermöglicht. Besondere Klassen für minder Befähigte. Verbot jeder Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder. Errichtung und Ausbildung von Volksbibliotheken und Lesesälen.

3. Einrichtung und Unterhaltung einer geregelten Kranken- und Gesundheitspflege, unter Benützung aller vorbeugenden Einrichtungen, zum Beispiel öffentliche Badeanstalten, durch ansteckende Krankheiten notwendig werdende unentgeltliche Desinfektion, Spielplätze, Unterstützung des freiwilligen Turnwesens, Schaffung von Berufsfeuerwehren. Schaffung von Anstalten zur Lebensmitteluntersuchung. Laufende Kontrolle der Lebensmittel.

4. Uebernahme oder Errichtung von Apotheken in eigener Regie der Gemeinden.

Uebernahme der Friedhöfe in die Verwaltung der politischen Gemeinde und Unentgeltlichkeit des Bestattungswesens. (Obligatorische Feuerbestattung.)

5. Armen- und Weisenspflege mit ausreichenden Unterstützungen, unter Wegfall der Praxen, die unbemittelten Anverwandten der Unterstützten zum Ersatz der aufgewandten Unterstützungen heranzuziehen. Errichtung menschenwürdiger Asyl- und Wärmehallen für Obdachlose, ohne polizeiliche Aufsicht.

6. Gemeinnützige Wohnungspolitik. Errichtung eines kommunalen Wohnungsamtes behufs regelmäßiger Wohnungsinspektion und Begutachtung gemeindlicher Maßnahmen, Untersuchung der Bauhaltigkeit, der Preisbewegung des Baulandes und des Wohnungsmarktes, sowie Organisation der Wohnungsvermittlung. Einführung einer abgestuften kommunalen Bauordnung in der Richtung einer energischen Bekämpfung der Miethkasernen (Zonenbauwesen). Erbauung von Wohnhäusern mit kleinen, gesunden Wohnungen auf kommunalen Baugrund in eigener Regie der Gemeinde.

Verhinderung der Hauspekulation und des Wohnungswuchers durch umfangreiche Grunderwerbungen in den Außenbezirken zur Errichtung von Wohnhäusern, Anlegung guter und billiger Verkehrsmittel nach diesen Außenbezirken. Vollständige Einstellung des Verkaufs von Bauland an Private, statt dessen Verpachtung von Bauland. (Baufleibe.)

Einführung der Umsatzsteuer bei Verkauf von Grundstücken, Besteuerung der Zuwachsrente durch eine Zuwachssteuer. Starke Besteuerung des unbekauten Baulandes durch eine Hauptloshsteuer mit Selbstkautungspflicht und der Maßgabe, daß die Gemeinde jederzeit das Recht hat, das Bauland zu dem eingeschätzten Betrage käuflich zu erwerben.

7. Beleuchtungs-, Verkehrs-, Krafterzeugungs-, Wasserversorgungs-, sowie sonstige für die Gemeinde notwendigen Betriebe sind der Privatausbeutung zu entziehen und auf eigene Rechnung der Gemeinde zu errichten und zu betreiben, auch sind die Gemeindegewerkschaften, soweit angängig, in Gemeindegewerkschaften auszuführen, so insbesondere die regelmäßigen Gas- und Wasserleitungs-, Schleusen- und Straßenbauten.

8. Regelung des Submissionswesens in der Richtung, daß die Vergabe der Gemeindegewerkschaften und Lieferungen für die Gemeinde nur unter der vertragsmäßigen Verpflichtung der Unternehmer erfolgt, daß sie für die Gesamtheit der von ihnen beschäftigten Arbeiter die zwischen den Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter und Unternehmer vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen einhalten.

Bei etwaigen Lohnbewegungen der Arbeiter der mit Gemeindegewerkschaften resp. Lieferungen betrauten Unternehmer darf letzteren ein Aufschub der Ablieferungsfristen nicht gewährt werden.

9. Für die im Gemeindeauftrag beschäftigten Arbeiter und Beamten ist ausreichende Bezahlung, sowie eine Arbeitszeit von nicht länger als 8 Stunden täglich und in jeder Woche einmal eine Ruhezeit von mindestens 36 Stunden einzuführen. Desgleichen sind Pensions-, sowie Wittwen- und Waisen-Unterstützungskassen für die Beamten und Arbeiter zu errichten und die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung für sämtliche in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter in Anwendung zu bringen. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist sicher

zu stellen und darf in keiner Weise eingeschränkt werden. In allen kommunalen Betrieben sind Arbeiterausschüsse durch direkte und geheime Wahl der Arbeiter zu errichten.

10. Inangriffnahme nützlicher kommunaler Arbeiten bei Arbeitslosigkeit, Errichtung von Gewerbegerichten, Schaffung kommunaler Arbeitsnachweise unter Mitwirkung der Gewerkschaften.

11. Verweigerung aller Unterstützungen aus Gemeindegewerkschaften für die Zwecke der Parteipolitik, des Sports und der Vergnügungsvereine, sowie für sogenannte patriotische Festlichkeiten.

12. Zur Durchführung gemeinnütziger Unternehmungen, für welche die Mittel der einzelnen Gemeinden nicht ausreichen, ist die Bildung von Gemeindeverbänden anzustreben.

Diesem Programmwurf unterbreitet die auf dem letzten Provinzial-Parteitage in Neumünster zur Aufstellung eines Aktionsprogramms für die Gemeindegewählten gewählte Kommission den Genossen in der Provinz zur Diskussion.

W. Breccour, Kiel. J. Hinsche, Lägerdorf. J. Jacobsen, Eckstedt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die deutsche Kaiserrede liefert der bürgerlichen Presse noch immer Stoff zu neuen Kommentaren. Die beiden Sätze „Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht!“ sowie der rühmende Hinweis auf die Sunnen, jene asiatischen Horden, die Europa zur Zeit der Völkerwanderung brandstifteten, wollen der „reichstreu“ Presse nicht in den Sinn. Sie begreifen nicht, daß die Rollen getauscht und unsere Truppen mit den Schaaren Attilas auf eine Stufe gestellt werden sollen („Hann. Cour.“ Nr. 22 676); der „deutsche Kaiser kann daher diese Worte auch nicht gemeint haben, wie sie eigentlich aufgefaßt werden müssen“ (Nat.-Ztg.), so lönt es von hier oder dort, kurz: man dreht und deutet und legt nicht aus, sondern unter. Wir begreifen sehr wohl, daß es für die bürgerliche Presse eine äußerst schwere Aufgabe sein mag, die kaiserlichen Worte mit den Lehren des Nazareners oder des jetzt gültigen Völkerechts in Einklang zu bringen. Diese Sisyphusarbeit ist aber gar nicht nötig, besonders für sogenannte nationale Blätter; denn für sie sollte doch eigentlich jedes kaiserliche Wort eine Offenbarung sein, an der nicht zu „drehen und zu deuteln“ ist. Es ist merkwürdig genug, daß das immer noch von uns Demokraten hervorgehoben werden muß. — Von ausländischen Blättern liegt uns nur ein Kommentar des Pariser „Le Temps“ zur kaiserlichen Rede vor. Das Blatt, das zu den besseren und ernstesten Zeitungen der Seinestadt zählt, schreibt nach dem „Berl. Tageblatt“: „Man muß es ohne überflüssige Deklamationen aussprechen, daß die Worte „kein Pardon, keine Gefangenen“ eine der bedauerlichsten Kraftwendungen sind, die der kaiserliche Redner je gebraucht hat. Zweifellos ist ein deutscher Gesandter getödtet worden, Deutschland ist speziell beleidigt, aber Deutschland bleibt deswegen doch eine zivilisierte Nation. Das „kein Pardon“ existiert nicht in der zivilisierten Sprache. Dieser Aufruf zum Gemetzel zeigt, daß der Kaiser mit Leidenschaft an die Regelung der chinesischen Frage herantritt, welche die Welt nur erschrecken kann. Pflicht der Souveräne ist es, das Einvernehmen der Mächte aufrecht zu erhalten. Das Wort „kein Pardon“ ist ganz angethan, den anderen Mächten eine gewisse Beruhigung einzuflohen.“

Ans einer Kaiserrede. Am 31. Oktober 1898 bei der Einweihung der evangelischen Erlöserkirche in Jerusalem sagte der Kaiser unter Anderem: „Die welterlösende Kraft des Evangeliums treibt uns an, ihm nachzufolgen, sie mahnt uns in glaubensvollem Anblick zu dem, der für uns am Kreuze gestorben, zu christlicher Duldsamkeit, zur Bethätigung selbstloser Nächstenliebe an allen Menschen. . . Was die germanischen Völker geworden sind, das sind sie geworden unter dem Banner des Kreuzes auf Golgatha, des Wahrzeichens der selbstaufopfernden Nächstenliebe. Wie vor fast zwei Jahrtausenden, so soll auch heute von hier der Ruf in alle Welt erschallen, der unser sehnsuchtsvolles Hoffen in sich birgt: Friede auf Erden.“

Jeder Sorge in seinem Stande und Berufe, daß alle, die den Namen des gekreuzigten Herrn tragen, in dem Zeichen dieses hochgelobten Namens ihren Wandel führen zum Siege über alle aus der Sünde und der Selbstsucht stammenden finstern Mächte."

Wie man die Eingeborenen in den Schutzgebieten behandelt. „Zwei verhängnisvolle Urtheile“ entnimmt der „Hamb. Kor.“ einem aus zuverlässiger Quelle stammenden Privatbriefe aus Kamerun:

„Vor dem Tode des Herrn v. G. . . . sind zwei Fälle hintereinander vorgekommen, wie sie sich seit der Okkupation durch die deutsche Regierung noch unter keinem Richter ereignet haben. I. M. Pundo Alwa erhielt im Disziplinarwege durch Herrn v. G. 25 Hiebe, weil er sich einem Matrosen S. M. S. „Habicht“ gegenüber „Prinz“ genannt hatte. 2. Viktor Manga, der zweite Sohn Mangas, erhielt ebenso 25 Hiebe auf Befehl des Herrn v. G., weil er den Materialienverwalter Herrn D. nicht ordentlich gegrüßt, seinen Hut nicht vom Kopfe genommen hat. Bevor die 25 Hiebe an dem Victor vollstreckt waren, ging Manga sofort, nachdem er davon Kenntniß hatte, daß sein Sohn 25 Hiebe kriegen sollte, zu Herrn v. G. und bat ihn um Verzeihung. Seiner Bitte wurde von Herrn v. G. kein Gehör geschenkt. Diese beiden brutalen Thaten haben die Einwohner der Duaka in hohem Grade peinlich berührt. Ich glaube, daß, falls Manga nach Deutschland kommen würde, er dem auswärtigen Amt die Angelegenheit vortragen würde. Von den Einwohnern Duakas hatte niemand geträumt, daß Mangas Sohn 25 Hiebe bekommen kann, weil dieser doch der angesehenste von allen Häuptlingen ist.“

Wald nach dieser Exekution ist Herr v. G. . . . in der Wildnis angeblich an „Sonnenstich“ eines plötzlichen Todes gestorben. Der „Hamb. Kor.“, der sonst ein eifriger Förderer der deutschen Kolonialpolitik ist, schließt seine Ausführungen mit folgenden bemerkenswerthen Sätzen:

So aber sehen wir hier wieder vor einer jener schlimmen Früchte, die der in unserer Kolonialverwaltung herrschende Affektorismus hervorbringt. Diese Vorfälle hätten verhängnisvoll für die ganze Kolonie werden können, wenn man bedenkt, daß Duakas fast an sämtlichen Küsten Kameruns bis tief ins Innere als Händler sich niedergelassen haben und es ihnen ein Leichtes wäre, die ebenso dummen wie leichtgläubigen Südweger gegen die Europäer aufzuheizen, wie dies schon öfters, meist aus handelspolitischen Interessen, geschehen ist.

Gewiß; aber wie herrlich wird dabei die deutsche Schneidigkeit gewahrt. Und brechen nach solchem Verfahren von Neuem Aufstände der Eingeborenen aus, so ist das die schönste Gelegenheit für unsere Kolonialhelden, eine sogenannte Strafexpedition zu unternehmen und „Kriegsorden“ sich zu erwerben. — Uebrigens erklärte, wie die „Freis. Ztg.“ hervorhebt, am 19. Februar der Kolonialdirektor von Buchta im Reichstage, er habe die Gouverneure der deutschen Schutzgebiete darauf hingewiesen, daß die Prügelstrafe nicht der richtige Weg sei, um die Eingeborenen zur deutschen und christlichen Kultur zu erziehen. Abschaffung der Prügelstrafe in den Kolonien müsse das erstrebenswerthe Ziel sein. Die Handhabung der Prügelstrafe durch den Herrn v. G. aus einer verhältnismäßig harmlosen Veranlassung steht also mit diesen Anordnungen des Kolonialdirektors in direktem Widerspruch.

Pardongeben im Völkerrecht. Das Völkerrecht schreibt vor, daß im Kriege — und wer könnte leugnen, daß es sich in China um einen völligen, gut ausgewachsenen Krieg handelt? — das Leben des im Kampfe Besiegten gespart werde. Die angesehensten Lehrer des Völkerrechts sind über diese Frage im Wesentlichen einer Auffassung. So schreibt z. B. Alphons Rivier, der auf dem Gebiete des Völkerrechts als Autorität anerkannt ist, in seinem „Lehrbuch des Völkerrechts“ (Seite 400): „Wird auch im Kriege ein Verbrechen. Pardon verjagen wäre nur als Repressalie (d. h. als Mittel der Rache. Red.) gestattet, und selbst hier ist es verwerflich, und eine dahin lautende Erklärung sollte nicht verwirklicht werden dürfen. Unnützes Tödten ist überhaupt untersagt.“ Ferner schreibt der Münchener Professor Ullmann in seinem Völkerrecht: Gegenüber der Anschauung, daß im Kriege jedes Mittel zur Erreichung der Kriegszwecke erlaubt sei, verbietet die in der Kriegsmanner zum Ausdruck kommende civilisirte Völkersitte die gegenseitige Anwendung von Gewaltmaßregeln und kriegerischen Mitteln, die eine unnütze Grausamkeit oder Leidenszufügung bedeuten. . . Um des willen kennt die Gegenwart kein Recht über Leben und Tod der Kombattanten; die Tödtung von Kriegsgefangenen, die Verweigerung des Pardon, die Verübung von Grausamkeiten an den Vertheidigern eines festen Platzes usw. sind mit den heutigen Anschauungen unvereinbar.“

Vor einer Eroberungspolitik warnt der frühere deutsche Gesandte in China, Herr v. Brandt, eindringlich. Er schreibt in der „Freis. Ztg.“:

„Wenn Europa aus den jetzigen Vorgängen in China nicht die Lehre zieht, daß die Bewohner des gewaltigen Reichs vielleicht in die Wege unserer Zivilisation geleitet, aber ganz gewiß nicht in dieselben getrieben werden können, so werden, ganz abgesehen von den Gefahren, die die Rivalität der Mächte unter einander hervorrufen kann, noch ungezählte Generationen von Menschen aus Millionen von Karthagen für das Geschick werden, was vielleicht auf anderem Wege, aber ganz gewiß nicht durch rohe Gewalt erreicht werden kann. Zu der berechtigten Entrüstung über die Vorgänge in China wird das Gefühl der Gerechtigkeits- und Billigkeit für das, was das chinesische Volk zu fordern ein Recht hat, die Schonung seiner alten Civilisation, . . . wahrscheinlich fast abgegriffen werden, aber es ist um so mehr die Pflicht derjenigen, die sich nicht von der Entrüstung des Augenblicks leiten lassen, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ein Verlassen der Bahnen, die die Behauptung eigener größerer Interessen vorwärts, aufwärts nach sich ziehen muß. — In Ostasien liegt unser Interesse nicht in einem Pachtterritorialen Besitzes, der uns neue Pflichten und damit neue Opfer auferlegen würde, sondern in der Gewinnung eines möglichst großen Antheils an dem chinesischen Markt für

unsern Handel und unsere Industrie; in der Weltpolitik haben wir alle Veranlassung, uns von den Zwistigkeiten fernzuhalten, die sich aus den sich widersprechenden Interessen und Aspirationen Englands, Frankreichs und Japans in Ostasien ergeben können, und uns vielmehr der Politik der Vereinigten Staaten anzuschließen, die nur ihre kommerziellen Interessen zu wahren bestrebt sind. Schon heute werden in der russischen Presse Stimmen laut, die Deutschland die Schuld an den Vorgängen in China zuschreiben, und in England ist man eifrig bemüht, Verdacht gegen Deutschland zu erregen und Rußland und Frankreich gegen dasselbe aufzuheizen; uns aber sollten diese Vorgänge auf die Gefahren aufmerksam machen, die sich für uns aus dem Versuch ergeben würden, eine führende Rolle bei den Ereignissen in China spielen zu wollen oder nur aufdrängen zu lassen. Wir haben dort nicht mehr zu rächen und zu strafen als andere, wir haben weder das chinesische Räthsel zu lösen, noch die chinesische Noth zu lindern, sondern uns nur soweit an den gemeinsamen Maßnahmen aller Mächte zu betheiligen, wie die genaueste Abmessung unserer Interessen dies nothwendig und heilsam erscheinen läßt. Alles weitere würde vom Uebel sein und es kann nicht ernsthaft genug davor gewarnt werden.“

Diese Anschauungen, die auf gründlicher Kenntniß von Land und Leuten beruhen, decken sich, wie man sieht, völlig mit der Meinung, die bisher einzig und allein die sozialdemokratische Presse vertrat, — um es sich allerdings dafür gefallen lassen zu müssen, von den weltmachtsdasselligen Blättern, wie dem „Amtsblatt der Freien und Hansestadt Lübeck“, angepöbelt zu werden.

Nochmals die China-„Freiwilligen.“ Einen weiteren Beweis dafür, auf wie eigenthümliche Weise die Chinafreiwilligen zu Stande kommen, liefert unser Würzburger Parteiorgan. Als das 9. Infanterie-Regiment unlängst im Lager Hammelburg seine Uebungen abhielt, kam eines Abends ein Hauptmann in die Mannschaftharacken, ließ die Leute antreten und eröffnete ihnen, daß in China ein Aufstand ausgebrochen und die dort lebenden Deutschen ernstlich bedroht seien. Die Aufständischen wollten alle Europäer umbringen und auch unser Kaiserthum als wieder abnehmen; man nennt sie Boxer, in Deutschland heißen sie Sozialdemokraten, Ihr wißt ja, was das für Leute sind. Nachdem der Hauptmann diese von besserem Wissen gänzlich ungetriebene Weisheit zum Besten gegeben hatte, fuhr er fort: „Es ist selbstverständlich, daß sich die Deutschen das nicht ruhig gefallen lassen können; sie müssen die Chinesen Raison lehren und weil unsere sich daselbst befindenden Truppen dazu zu schwach sind, so hat unser oberster Kriegsherr eine Ordre erlassen, nach welcher eine aus Freiwilligen zu bildende Brigade formirt und auf den Kriegsschauplatz geschickt werden soll. Wer sich dazu melden will, mag dies thun.“ Es meldeten sich 140 Mann, von denen zwei als tropendienfttauglich befunden wurden. Kurz darauf kehrte das Regiment in die Garnison zurück. In der ersten Nacht wurde es alarmirt und als dessen Aufstellung auf dem Kasernenhof erfolgt war, erscholl das Kommando: „Freiwillige nach China vor.“ Die bereits in Hammelburg vorgetretenen 140 traten wieder vor die Front. Am darauffolgenden Morgen wurden sie ärztlich untersucht und diesmal als untauglich befunden. Von der Untersuchung weg ging es in die Kasse, hier wurde den Leuten ein Schriftstück vorgelegt, das sie unterzeichneten. Von diesem Augenblick an standen sie unter dem sogenannten Kriegerecht. Das Verfahren erinnert sehr lebhaft an die Methoden, die bei der Einstellung der französischen Fremdenlegionäre in Anwendung kommen. Nicht einmal Zeit hatten die „Chinesen“, wie sie von den übrigen Soldaten genannt werden, vor der Unterzeichnung ihrer Einwilligung, die wohl für manche zum Todeurtheil werden wird, über die Tragweite ihrer Handlung rechtlich nachzudenken, viel weniger noch, daß sie ihre Angehörigen vor der vollzogenen Werbung nur mit einem Wort von dem Vorhaben unterrichten konnten. Als diese es endlich erfuhr, versuchten namentlich die Landleute, die Soldaten zur Zurücknahme ihrer unterschriebenen „Freiwilligkeit“ zu bewegen; verschiedene gingen auch selbst zu den Vorgesetzten und baten, man möge doch ihre Angehörigen dalassen. Es spielten sich namentlich in den letzten Tagen vor der Abreise Szenen ab, wie sie nur die Verzweiflung hervorzubringen vermag. Alte weitherbare Männer meinten, als sie sahen, daß es für ihre Söhne kein Zurück mehr gab, ein altes Mütterchen vom Lande warf sich einem Offizier vor die Füße und bat händelnd, man möge doch ihren „Bua“ da lassen, er sei noch ihre einzige Stütze. Der Offizier erwiderte: „Ihr Sohn ist kein Bua mehr, sondern ein Mann, der sich „freiwillig“ verpflichtet hat, mit nach China zu gehen. Nachdem er dies noch durch seine Unterschrift bestätigt hat, was er mit fort, da ist nichts daran zu ändern.“

Kleine politische Nachrichten. Das kürzlich zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abgeschlossene Handelsabkommen sieht nach der „Frankf. Ztg.“ die Befreiung des amerikanischen Marktes von der Zinspfektion wegen des San-Joseph-Kaisers vor. Falls sich diese Nachricht bewahrheiten sollte, werden die Agrarier sicherlich nicht anzufassen, ein Indianergericht über die „Klärung“ Deutschlands anzunehmen. — Aus Halle wird geschrieben: Auch das Kriegsministerium hat sich der Petition der vereinigten Saalbesitzer von Halle behufs milderer Handhabung des Militärhofrechts gegenüber ablehnend verhalten. Alles Bitten und Betteln der Saalbesitzer und auch die mit liberaler Drohung im Stadtvorordneten-Sitzungssaal hat nichts genutzt. Herr Generalleutnant Reuter-Günthorst ist ruhig und ungeändert weiter. — Unserem Krakauer Parteiorgan, dem „Raprzod“ wurde wieder die Ehre einer Harsjagung, die 1 1/2 Stunden gedauert hat, zu theil. Dann wurden die Privatwohnungen von zwei Redaktoren noch durchsucht. Man haßte auch Manuskripte über das Kaiserleben in Przemysl und fand — wie immer — nichts. Man jagt auch kein Mittel, um etwas in der Wälder zu erfahren. Der „Raprzod“ warnt in seiner letzten Nummer vor drei Späheln, die nur in dieser Sache thätig sind. Die Gesellen hätten schon vergebens versucht, bei verschiedenen Gelegenheiten zu handeln. Eine der letzten Nummer

unseres Bruderblattes wurde zweimal konfiszirt und konnte erst in dritter Auflage erscheinen. Das Blatt ist seit dem 1. April d. J. 73 mal konfiszirt worden. Es vergeht überhaupt fast kein Tag ohne Konflikte mit dem Staatsanwalt oder dem Gerichte. — Auf Antrag des Kriegsministers hat Präsident Loubet ein Dekret unterzeichnet, durch das die Titular-Mitglieder des Kriegsraths, die früher zu irgend welchen Kommandos unabhängig vom Kriegsminister bestimmt waren, unter die Autorität des Kriegsministers gestellt werden. General Negrier wurde zum Mitglied des Obersten Kriegsraths, General Florentin an Stelle des Generals Brugere, der Vizepräsident des Obersten Kriegsraths bleibt, zum Gouverneur von Paris ernannt. — In Belgien wurde der frühere Regent Belimarkowitsch wegen einer abfälligen Aeußerung über die Heirath des Königs verhaftet. Wegen Entlassung des Belgrader Garnisons-Kommandanten erbatener neuerdings 37 Offiziere ihre Entlassung. Die Hochzeit Alexanders findet Donnerstag statt. — Ueber die Tonga-Inseln ist am 19. Mai das britische Protektorat proklamirt worden. Auf Samoa wurde am 1. März die deutsche Flagge gehißt. Damit sind die beiden Hauptpunkte der Samoakonvention zur Ausführung gekommen. Aus einer an die „Schles. Ztg.“ aus London gerichteten Zuschrift über Tonga unter britischem Protektorat ist zu entnehmen, daß durch die Schuld der Europäer deren Prestige auf den Tonga-Inseln abgenommen hat. Die Missionare zankten unter sich und riefen die Eingeborenen als Schiedsrichter an; europäische Regierungsgesandten waren unehrlich, andere Europäer suchten mittels der Drohung einer europäischen Occupation von der eingeborenen Regierung Geld zu erpreisen. Das Resultat war logisch: Die Tonganer mißtrauen heute jedem Europäer und wittern Hinterlist und böse Motive in deren Rathschlägen. Und wer will es ihnen verdenken?

Italien.

Die Ermordung Humberts. Nur spärlich fließen die Nachrichten über die infame Mordthat, deren Beweggründe sich lediglich aus den elenden sozialen Verhältnissen Italiens erklären lassen. Die himmelschreiende Ausbeutung des Volkes durch übermüthige Latifundienbesitzer, die Greuel der städtischen Schwefelgruben, der furchtbare Steuerdruck, die wirtschaftliche Unsicherheit der Gesellschaft, die finanziellen Noth des Staates, die grausame Verfolgung des freien Wortes, die Uebermacht der Korruption, die mit dem Geldern des Staates belohnt und mit dem Dolche der Mafia bestraft — alle diese Schrecken und Greuel eines modernen Kulturstaates lassen es leicht begreiflich erscheinen, daß die Verzweiflung gerade dieses Volkes bisweilen Ausbrüche des verbrecherischen Wahnsinns zeitigt, die durch ihre Wildheit die ganze Welt mit schauerndem Staunen erfüllen. Bossanante und Acciarito, die bereits früher erfolglose Attentate gegen Humbert verübten, Caserio, der Mörder Carnots, Andrade, der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Cammas, Luceni, der Mörder der Kaiserin von Oesterreich und jetzt Bressi: sie alle, alle waren unter der Sonne Italiens, dieser Heimath der Brigantenzunft, herangewachsen. Ein Land, das soviel Fanatiker des Mordes gegen sozial Höhergestellte züchtet, ist zweifellos in seinen inneren Zuständen völlig ungesund. Die Verzweiflung schafft die Mörder.

Der italienische Korrespondent der „Berliner Volkszeitung“ schildert den Vorgang bei der Ermordung Humberts wie folgt: Das Ende des Preisturnfestes in Monza um 10 Uhr 40 Min. (Abends) war ein einziger unermesslicher Enthusiasmus. Im Gedränge der dadurch verlangsamten Heimfahrt stieg ein Arbeiter auf den Rutschtritt und feuerte auf Armlänge drei Revolvergeschosse ab. Der erste traf den Hals des Königs, der zweite ging durch die Schulter mitten ins Herz. Der König, lautlos vorwärts fallend, war sofort todt. Der Mörder, Bressi aus Prato, ist Toskaner, 32 Jahre alt und Anarchist. Eine andere Meldung, die das offiziöse Wolffsche Bureau verbreitet, besagt: König Humbert hatte sich Sonntag Abend 9 1/2 Uhr auf Einladung des Komitees für das Provinzialwettturnen auf den Turnplatz begeben und war dort von den Behörden und dem Publikum mit Begeisterung empfangen worden. Als König Humbert nach der Preisvertheilung um 10 1/2 Uhr den Turnplatz in einem geschlossenen Wagen verließ, wurden plötzlich vier Revolvergeschosse auf ihn abgegeben. Das Individuum, welches die Schüsse abgegeben hatte, wurde verhaftet und konnte nur mit Mühe der grenzenlosen Wuth des Volkes entzogen werden. Der König war von drei Kugeln, und zwar von einer am Herzen getroffen worden, und langte in hoffnungslosem Zustand im Palais an. Der Mörder erklärte, er heiße Gaetano Bressi, geboren am 10. November 1869 in Prato, und sei Seidenweber. Er sagte weiter, er sei Anarchist und komme von Amerika, wo er sich in Paterson aufgehalten habe. Er habe keine Mitschuldigen und habe das Verbrechen aus Haß gegen die monarchischen Einrichtungen begangen. Er sei am 27. Juli von Mailand, wo er sich seit einigen Tagen befunden habe, in Monza angekommen.

König Humbert I. von Italien war am 14. März 1844 als Sohn Viktor Emanuels II. in Turin geboren. Er stand also im sechsundfünfzigsten Lebensjahre. Er trat mit dem Tode seines Vaters, am 9. Januar 1878, die Regierung an. Man kann dem Todten nicht nachsagen, daß das neugeeinte Italien unter seiner Herrschaft besonders glücklich gewesen sei, wenn es auch ungerecht wäre, ihn allein für die unglückseligen zerfahrenen Zustände des Landes verantwortlich zu machen. Mit König Humberts Tode bestiegt sein einziger Sohn Viktor Emanuel (III.), der im einunddreißigsten Lebensjahre steht, den Königsthron. Er ist seit dem Jahre 1896 mit Helene (Elena), Prinzessin von Montenegro, vermählt. Derselbe befindet sich augenblicklich mit seiner Gattin auf einer Orientreise; bisher hat man ihm den Tod seines Vaters noch nicht mittheilen können. Politisch hervorgetreten ist der neue König noch nicht. Montag morgen 3 Uhr berief der Ministerpräsident Saracco den Ministerrath. Um 7 Uhr reiste Saracco mit dem Vizepräsidenten des Senates nach Monza, um die Urkunde über den Tod

des Königs aufzunehmen. Soweit die tatsächlichen Angaben über den Mord und seine nächsten Folgen.

Die reaktionären Blätter, für die solche Mordthaten stets ein gelobenes Freßgen sind, nehmen, wie nicht anders zu erwarten war, den Königs-mord zum Anlaß, um von Neuem nach Zwangsmaßregeln gegen den „Ansturz“ zu schreiben. Das Krupp-organ, die „Berliner Neuesten Nachrichten“ gehen in ihrer Unverschämtheit, besser Frechheit, soweit den Mörder an die Rockschöße der — deutschen Sozialdemokratie zu hängen mit der Behauptung, daß die Stellungnahme des „Vorwärts“ zu den chinesischen Wirren eine ungeheuerliche Aufreizung in unreifen Köpfen hervorgerufen habe. Natürlich glaubt das Blatt selbst nicht, daß der italienische Anarchist den „Vorwärts“ gelesen hat. Aber wie die Ragen das maßen, so können auch die Schar-macherblätter das Heßen gegen die Sozialdemokratie nicht lassen. Auch behauptet das Blatt, daß die Freisprechung Sipidos, welcher auf den Prinzen von Wales geschossen hat, aufreizend gewirkt habe. Aber die That Sipidos charakterisierte sich als ein richtiger Dum m e r z u n g e n s t r e i c h, welcher mit anarchischen Motiven absolut gar nichts zu thun hatte. Auch die „Kreuzzeitung“ macht den Versuch, den Sozialdemokraten die Verantwortung für die Schandthat zuzuschreiben, indem sie darauf hinweist, daß die Majorität des M a i l ä n d e r Gemeinderaths aus Sozialdemokraten bestehe. Das hat aber doch nichts mit dem Umstand zu thun, daß das Attentat in der Nachbarschaft von Mailand, in Monza, verübt wurde. Auch die „Kreuzzeitung“ verlangt, daß zur konsequenten und rückwärtslosen That übergegangen wird. Ebenso möchte der „Reichsbote“ den Anarchismus als die Frucht des „materialistischen Sozialismus“ hinstellen. Die Anarchisten seien nur die „unzufriedenen, freisinnigsten und demokratischsten unter den Sozialdemokraten“. Wie oft genug nachgewiesen, ist das vollkommen falsch; Anarchismus und Sozialdemokratie sind grundverschiedene Dinge. In der „Post“ dagegen wird zugegeben, daß kein politisches Verbrechen vorliegt, sondern einzig ein Akt anarchischer Mordlust und Blutgier. Auch für den „Hamburger Correspondenten“ besteht kein Zweifel über den anarchischen Charakter des Attentats. Das Hamburger Senatorenblatt schreibt:

Der Mörder hat sich selbst als Anarchist bekannt, und dieses Geständnis muß bei der Beurteilung der politischen Bedeutung des Verbrechens berücksichtigt werden. Versuche, die That irgend einer anderen politischen Partei in die Schuhe zu schieben, werden vielleicht nicht ausbleiben, sollten aber gleich von vornherein zurückgewiesen werden. Schon heute begegnen wir in einigen Blättern solchen nach jedem anarchischen Attentat sich wiederholenden Andeutungen, daß die eigentlichen Schuldigen die Sozialdemokraten seien. Wenn die deutschen Sozialdemokraten solche Angriffe mit gleicher Münze heimzahlen, so kann man sich nicht wundern.

Das ist ein offenes und ehrliches Wort, wie wir es von einem nationalliberalen Blatte gar nicht gewohnt sind. Die Sozialdemokratie hat mit solchen Mordthaten nichts gemein. Sie verabscheut dieselben ebenso sehr wie andere auch.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Die Engländer haben nach langer Zeit wieder einmal einen Erfolg erzielt, vielleicht den größten des ganzen Krieges, den sie weniger ihrer Tüchtigkeit als vielmehr ihrer Uebermacht zu verdanken haben. Der Burenkommandant Prinsloo mußte sich bei F o u r i e s b u r g mit 5000 Buren bedingungslos ergeben. Lord Roberts berichtet über die Operationen, die die Kapitulation der Armee Prinsloo's zur Folge hatten, aus Pretoria wie folgt: Die britischen Truppen wurden vom 26. bis 28. Juli von verschiedenen Punkten aus vorgeschoben. Als sie vorrückten, hielten die Buren die Stellungen in nachdrücklicher Weise. Schließlich hülte Prinsloo die Parlamentärsflagge und hat um einen Waffenstillstand von 4 Tagen. Später drückte er seine Geneigtheit an, sich zu ergeben unter der Bedingung, daß den Burghers die Pferde und Gewehre beibehalten würden und ihnen gestattet würde auf die Farmen zurückzukehren. Beide Forderungen wurden abgelehnt. General Hunter erhielt Befehl, den Kampf fortzusetzen, bis der Feind vernichtet sei oder sich ergeben habe. Schließlich ergab sich Prinsloo mit 5000 Mann bedingungslos. — Für die Buren, die jeden Mann nötig haben, ist das ein schwerer Schlag, der sie sicherlich noch härter trifft als i. Ft. die Gefangenahme Cronje's. Ob sie unter diesen Umständen nicht doch den Krieg als völlig aussichtslos aufgeben werden?

Die Aufgabe der an der Delagoa-Bahn operierenden englischen Armee unter General French besetzte Middelburg. General Pole Carew kam mit der Gardebrigade in Burg-Pruit an.

Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts vom 28. Juli be-jagt, daß, wie Buller berichtet, der Feind an der Station Blaklaagte in der Nacht vom 26. Juli zweimal angegriffen, der Feind aber zurückgetrieben wurde, ohne Schaden angerichtet zu haben. Des Weiteren antwortet Roberts auf die Anfrage des Kriegsamt's, ob der Zug mit Walliser Jüsilieren, der kürzlich von den Buren erobert wurde, derselbe sei, wie der Zug, über dessen Eroberung seitens der Buren schon früher eine Meldung eingelaufen war; in dem sich aber angeblich Hochländer befanden hatten. Roberts theilt nun mit, daß nur ein Zug und zwar in der Nacht vom 21. Juli zwischen Kroonpad und dem Saal erobert worden sei. Er habe Borräthe geführt und sei von zwei Offizieren und hundert Mann Walliser Jüsilieren begleitet gewesen.

Der Transportdampfer „Arandel Castle“ ist, vom Kap kommend, mit 500 von Lord Roberts ausgewiesenen Buren, welche nach S o l l a u d gebracht werden, in Las Palmas (Kanarische Inseln) eingetroffen.

China.

Sie leben! Diese frohe Kunde kommt jetzt endlich in authentischer Form aus Peking. Wir sind in unseren Hoffnungen also doch nicht getäuscht worden. Der deutsche Konsul in Tient-sin telegraphierte am 28. Juli nach Berlin: Der deutsche Gesandtschaftssekretär in Peking, Below, schreibt am 31. Juli: Dank für die Nachricht vom 19. Cordes (der zweite Dolmetscher, der Fehr. v. Ketteler begleitet hatte und auch verwundet worden war. Red.) befindet sich befriedigend, die übrigen Mitglieder der Gesandtschaft wohl auf. Das Detachement hat 10 Tödt, 14 Verwundete. Die Häuser der Gesandtschaft sind durch Geschützfeuer fast beschädigt, werden von uns aber gehalten. Seit dem 16. Juli ist der Angriff der chinesischen Truppen

auf uns eingestellt. Schlennigtes Vorrücken der Auf-schtruppen ist dringend nötig. Gutem Vernehmen nach ist die Leiche Kettelers von der chinesischen Regierung geborgen. — An der Zuverlässigkeit der Kunde ist kaum zu zweifeln. Sie ist die Antwort auf das am 19. Juli von dem Konsul dem Gouverneur von Schantung zur Beförderung übergebene Telegramm an unsere Gesandtschaft und ist schriftlich abgefaßt, sobald eine Fälschung nicht möglich ist. Durch diesen authentischen Bericht über die Verhältnisse in Peking hat sich zweifellos die Lage im Allgemeinen geklärt, und die chinesischen Würdenträger wie Scheng, Si-hung-tchang, deren Ansehen man so wenig Glauben beilegen wollte, sind dadurch gewissermaßen rehabilitirt; sie haben nicht gestunken, als sie behaupteten, die Gesandtschaften seien wohl auf. Offentlich bewahrt sich nun auch die weitere Nachricht, daß sich die Gesandten bereits auf dem Wege nach Tientsin befinden. Das würde zweifellos für die chinesische Regierung selbst von großem Vortheil sein, sie würde dadurch bei mancher europäischen Macht, die weder auf Rache sinn noch Hunnenpolitik treiben will, bedeutend an Kredit gewinnen.

Auch sonst sind Telegramme eingetroffen, die die Lage in Peking viel günstiger als bisher erscheinen lassen. So meldet der deutsche Konsul in Tschifu vom 27. Juli: Nach einer Draht-meldung des Gouverneurs von Schantung an mich ist meine Depesche an unsere Gesandtschaft in Peking am 22. Juli befördert worden. Ferner telegraphirt der Gouverneur an das hiesige Konsularkorps, daß nach einem kaiserlichen Edikt vom 24. Juli außer dem deutschen Vertreter alle Gesandten unversehrt und mit Lebensmitteln versehen seien. Eine dritte Depesche des Gouverneurs an das Konsular-korps meldet die Weiterbeförderung des Telegramms in U b m i r a l e v o n L a t u a n d i e G e s a n d t s c h a f t e n i n P e k i n g. Darin werden die Gesandtschaften gebeten, direkte Nach-richten mit einem fliegenden Courier zu senden. — Der belgische Bizekonsul in Tient-sin meldet: Ein am 27. Juli hier eingetroffener Brief des zweiten Sekretärs der deutschen Gesandtschaft (Dr. v. Bergen?) bestätigt, daß die belgische Gesandtschaft niedergebrannt worden, aber die Mitglieder am 23. Juli noch wohlbehalten gewesen seien. Seit dem 16. Juli hätten die Chinesen die Gesandtschaften nicht mehr angegriffen. — Der belgische Konsul in Schanghai meldete nach Brüssel: Nach einem an den Gouverneur von Schantung gelangten kaiserlichen Erlaß vom 24. Juli seien alle Gesandten wohlbehalten gewesen. Die Aufständischen hätten die englische Gesandtschaft am 8. Juli angegriffen, seien aber mit 1000 Mann Verlust zurück-ge schlagen worden. Aus guter chinesischer Quelle verlautet, die Europäer hätten noch am 24. Juli in guter Verfa-hung in der katholischen Kirche Stand gehalten. — Schließlich drückt noch der deutsche Konsul in Tient-sin, daß dort am 27. Juli eine vom 19. Juli datirte Mittheilung des japanischen Gesandten in Peking eingetroffen sei, wonach die in Peking eingeschlossenen Fremden sich fortgesetzt gegen die chinesischen Truppen verteidigen und an der Hoffnung fest-hielten, sich bis Ende Juli behaupten zu können; bis dahin werde die Ankunft der Entschtruppen erwartet. Der japanische Gesandte erwähnt außerdem, die Chinesen hätten seit dem 18. Juli aufgehört, die Stellung der Fremden zu be-schießen. Diese Angabe wird auch vom Komman-danten des in Peking befindlichen japanischen Detachements unterm 22. Juli bestätigt. Nach einer anderen japanischen Meldung, die der „New York Herald“ ver-öffentlicht, sind die japanischen Verluste in Peking bisher folgende gewesen: Tödt sind der Gesandtschaftsattaché Kogima, ein Kapitän, ein Dolmetscher Gieve und eine kleine Anzahl Marinejoldaten. Schwer verwundet sind fünf oder sechs, leicht verwundet eine große Anzahl. — Aus allen diesen Telegrammen geht hervor, daß die Gesandten und die übrigen Fremden, mit Ausnahme der bei dem Kampfe getödteten, noch leben, daß nach dem 16. bez. 18. Juli der Angriff auf die Fremden aufgehört hat, jedenfalls weil die Gegenrevolution unter Prinz Tsching und General Jungsu, die den Fremden günstiger ist als die Borer unter Tsuan, gesiegt hatte. Diese Ansicht wird durch chinesische Meldungen bestätigt, wonach am 8. Juli die englische Gesandtschaft von den Truppen des Generals Tung-su-Hsiang angegriffen, der Angriff aber erfolg-reich abge schlagen worden sei. Tung-su-Hsiang wurde auch von den Truppen des Prinzen Tsching be-kämpft. Der gegenwärtige Aufenthaltsort der Europäer ist die dicht bei dem Kaiserpalast gelegene Peitang-Kathedrale.

In Washington ist von Schanghai die Nachricht eingetroffen, daß Si-hung-tchang ein vom 24. Juli datirtes Edikt erhalten habe, in dem erklärt wird, die chinesische Regierung beabsichtige, die fremden Minister als Geiseln zurückzuhalten. Gleichzeitig sei Si-hung-tchang Befehl gegeben, eiligt nach Peking zu kommen, um den Oberbefehl der kaiserlichen Truppen gegen die fremden Truppen zu übernehmen. — Danach scheint also die jetzige Regierung in Peking doch nicht ge-willt zu sein, die fremden Gesandten nach Tient-sin abzuschieben, sondern sie vielmehr als Handelsobjekt benutzen zu wollen, wenn es zum Frieden kommt.

Ganz nebenbei wird jetzt bekannt, daß die russische Re-gierung schon vor etwa zwei Wochen ebenfalls von China um Vermittelung angegangen wurde und der deutschen und französischen Erklärung entsprechend antwortete.

Bei Tient-sin hat sich ein unangenehmer Zwischenfall ereignet. Unweit der Stadt wurde nämlich am 24. Juli eine russische Abtheilung von 18 Mann durch 80 Japaner angegriffen! Zwei Russen wurden ge-tödtet, drei schwer verwundet; der Rest ergab sich den Japanern. Eine sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Russen von den Japanern irrtümlich für Chinesen gehalten worden waren. (?) Der etwas sonderbare Zwischenfall wird als erledigt angesehen.

Am 26. Juli wurde das chinesische Lager bei Pei-tang von drei russischen Kompagnien beschossen. Die Russen hatten keine Verluste.

Das Organ des russischen „Departements für Handel und Manufaktur“ meldet aus Port Arthur vom 25. Juli: Bize-admiral Alexjew hatte mehrere Male eine Berathung mit dem Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen bezüglich der Ver-waltung Tient-sins, die jetzt völlig geregelt ist. Die beschädigten Forts und Kasernen Tient-sins werden schnell wieder hergestell. Die chinesischen Truppen stehen in drei Lagern, um den Vormarsch der ver-bündeten Truppen gegen Peking zu verhindern. Die Frage bezüglich der weiteren Operationen gegen Peking soll in dieser Woche entschieden werden. General Benevitch ist in Port Arthur angekommen; das Detachement wird in der Mandchurie operieren.

Kanton ist ruhig. In Wutschau sind in der Stadt fremdenfeindliche Plakate angeschlagen worden.

In Hutschou in der Nähe von Hangschou wurden neun englische Missionare ermordet.

Bei Paotzing wurden die Missionare und eingeborene Christen am 8. Juli von den Boren angegriffen. Ein fremder Arzt, dessen Nationalität unbekannt ist, sowie über 2000 ein-geborene Christen wurden angeblich nieder-gewegelt und alle ihre Häuser zerstört. Weiter heißt es, daß der chinesische General Si-ho-keh, der jetzt nach Peking marschirt, den unter seinem Kommando stehenden Soldaten den Befehl gegeben habe, alle Christen, die sie antreffen, zu tödten. Ein französischer Vater und 2000—3000 eingeborene Christen seien bereits von ihnen niedergemetzelt worden. Man befürchtet jetzt allgemein, daß durch die Ankunft dieses chinesischen Generals mit seinen Soldaten in Peking die Gefahr noch

gesteigert und die Lage sich dort noch kritischer gestalten werde.

Die Londoner Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Schanghai, demzufolge als Vorsichtsmaßregel beschlossen sei, die dortige französische Niederlassung in Ver-theidigungszustand zu bringen. Auf Ansuchen der französischen Behörden habe der Kommandant des holländischen Kreuzers „Holland“ die Leitung der Arbeiten übernommen.

In England wurde am Sonntag ein L a u b u c h über China veröffentlicht, das die Ereignisse von Januar bis Ende Juni umfaßt. Interessant darin ist, daß der deutsche Gesandte, Fehr. v. Ketteler, bei den Beratungen des diplomatischen Korps in Peking im Mai die chinesische Regierung als völlig un-zuverlässig hinstellte. Bemerkenswerth von den Ausführungen des L a u b u c h e s sind ferner vor allem die Verhandlungen zwischen England und Japan zwecks Veranlassung des letzteren zu einer möglichst großen Wachtentfaltung in China. Japan wollte die Stellung größerer Truppenmassen zuerst von der Zustimmung abhängig machen, daß es vor Komplikationen geschützt und für seine Aufwendungen entschädigt werde. England erklärte sich dann zur Uebernahme der finanziellen Verantwortlichkeit für die Aktion Japans bereit, worauf dies die Entsendung von Ver-stärkungen nach China veranlaßte. Angenehm fällt in dem L a u b u c h auf, daß besonders De-ressé, der französische Minister des Aeußeren, darauf bestand, daß die Uebereinstimmung im Vorgehen der Mächte nicht durch hintergedanken und Eifersüchtelei beeinträchtigt werde.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 31. Juli.

Werftarbeiter aller Branchen, gelehrte und ungelehrte, meidet Hamburg bis auf Weiteres streng! Truz den übermüthigen Scharfmachern!

Zur Ablehnung des Antrages Bape. In den „Kieler Neuesten Nachrichten“ läßt sich in der Wochenplauderei — hauptsächlich trotz des Ernstes der Sache der geeignetste Platz — Hugo Winand, einst Redakteur der „Eisenbahn-Zeitung“, als sie noch wirklich freisinnig war, über das republikanische „Geigniß“, wie folgt aus:

„Sonne, Mond und Sterne“ So singen jetzt die Kleinen, wenn sie mit ihren Stocklaternen die Straßen der Stadt durchziehen. Im benachbarten Lübeck legen sie der bekannten Melodie aber einen ganz eigenartigen Text unter. Er lautet:
Lübeck, Hamburg, Bremen,
Lübeck soll sich schämen,
Lübeck heit kein Eisenbahn
Datt heit de dänische König dahn!

Freilich, jene Tage sind heute vorüber, da ein ausländischer Fürst in Stande war, den Bau eines derartigen Verkehrsmittel, wie es die Eisenbahn zwischen Hamburg und Lübeck war, einfach zu verbieten, die Jubiläumzeit, in der wir uns gerade in der letzten Woche befinden, fordert zu „angenehmen“ Vergleichen in dieser Beziehung auf, — die zweite Zeile obigen Verses dürfte aber viel-leicht doch auf das passen, was gerade in den letzten Tagen sich in der alten Hansestadt zugetragen hat: Die Abstimmung der dortigen Bürgerchaft in der Angelegenheit der Streik-Posten. Mit allen gegen eine einzige Stimme hat die „Volksvertretung“ Lübeck's den Antrag abgelehnt, den Senat um die Rücknahme der Verordnung zu erfuchen, wodurch die Aufstellung von Posten bei Arbeitseinstellungen mit Strafe bedroht wird. Im Reichs-tage wurde die Zuchthausvorlage mit Strafe bedroht wird. Im Reichstage wurde die Zuchthausvorlage mit erdrückender Mehrheit abgelehnt, — durch die Hintertür der polizeilichen Vorschriften sucht ein Einzelstaat eine Hauptbestimmung jener a limine des Reichshauses abge-wiesenen Vorlage einzuführen. Und mit Erfolg. . . Dar-über aber kann doch sicherlich kein Zweifel herrschen, daß das Aufstellen solcher Posten an sich keinerlei Gefahr in sich birgt. Unbequem allerdings können sie dem Unternehmertum werden. Aber auch die schwarzzen Listen sind den Arbeitnehmern unbequem. Trotzdem sind diese in Lübeck noch immer nicht verboten. Auch anderswo nicht. Zugegeben sei, daß die Streikposten zu-weilen ihre Befugnisse überschreiten; dann mag man sie bestrafen, wenn's notwendig scheint, hart bestrafen, aber sie von vornherein verbieten, heißt nichts anderes als Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit zweierlei Maß messen. Auf diese Weise kommen wir zuletzt, um das Ding mit dem rechten Namen zu nennen, zum P o l i z e i - s t a a t. Worin besteht das Kennzeichen eines solchen? Daß man an sich harmlose Handlungen verbietet, weil sie sich zu gefährlichen auswachsen können. Aus dem gleichen Grunde, wie man die Ausstands-Posten verbieten kann, kann man auch die Pressfreiheit aufheben. Auch diese kann gefährlich werden, darum wird der Lübecker Senat aber doch kein Knebelungsgefes auf dem „kalten“ Wege der polizeilichen Vorschrift gegen sie er-lassen. . . In geradezu erschreckender Weise ist in den letzten Jahren in Lübeck die Zahl der für den sozia-l-demokratischen Reichstagskandidaten ab-gegebenen Stimmen ständig gewachsen, auf die oben geschilderten Weise wird man sie nicht verringern. Im Gegentheil. Woher aber diese Kampfmethode? Der Lübecker Senat ist durchsetzt von staatsanwaltschaftlichem Geist. Der dortige Polizei-Senator Schön war vordem Staatsanwalt am Landgericht Lübeck. Er ist der Vater jener Vorschrift, die, daran ist festzuhalten und das hat auch der Reichstag mit überwältigender Majorität fest-gestellt, gegen das Reichsgesetz verstößt. Den Arbeitern ist gesetzlich das Recht der Arbeitseinstellung zugesprochen. Sie haben damit auch das Recht erhalten, die Arbeitseinstellung zur Kenntniß derjenigen zu bringen, die sie angeht. Und das thun die Ausstands-Posten. Daß letztere aber nun gerade in Lübeck durchgehends staatsgefährlicher sich benehmen sollten oder sich benommen hätten, als im übrigen Deutschland, das wird selbst der dortige Senat nicht behaupten wollen. Somit bleibt Thatfache, daß in der Republik, d. h. in dem Frei-

flaot Lübeck, der Koalitionsfreiheit der Arbeiter schärfer zu Leibe gegangen wird, als irgendwo sonst im Reich. Die Frucht dieses Vorgehens wird man ganz unzweifelhaft in einem Mehr von sozialdemokratischen Stimmen bei der nächsten Reichstagswahl ernten. So viel steht fest: **Staatsverhalten wird die neueste Polizei-Verordnung nicht wirken. Ganz im Gegenteil.** Allerdings, ruhiger und stiller wird es vielleicht bei etwaigen Umständen in Zukunft auf den Straßen und Plätzen Lübecks hergehen. Und so wird man in dieser Beziehung hier und dort dahin kommen, sich selbst einen Erfolg jener Polizeiverordnung „vorzumachen“. Dieses Wort in seinem „guten“ Sinne verstanden. In Wirklichkeit aber wird der Widerstreit der Interessen sich nur noch verschärfen und vertiefen.“ — Dem Senator Dr. Schön thut der Verfasser nach unserer Ueberzeugung ein Unrecht an, wenn er ihm die Vaterschaft der Verordnung zuschiebt. Er hat als Polizeichef die Verordnung zu handhaben, und, wie wir wiederholt und ausdrücklich konstatieren, **trotz reichlich gebotener Gelegenheit von dem Dinge keinen Gebrauch gemacht.**

Die Metallhändler wollen laut Bekannmachung durch das Amtsblatt in der nächsten Zeit für ihre „Deponation“ fix agitieren. Es soll einer hiesigen Zeitung ein „Massenflugblatt“ als Beilage beigegeben werden. Wir schlagen dazu die „Eisenb.-Ztg.“ vor, die so wundervoll die Arbeiterinteressen zu vertreten versteht. Den Gewerbegerichtswahlerfolg sehen wir auch in diesem Falle schon voraus.

Zu Fischschonrevieren sind erklärt worden der Mühlenteich, der Krähenteich, der Verbindungskanal von der Wakenitz zum Krähenteich, die 16 Meter nördlich bis 16 Meter südlich der Molltebrücke belegene Strecke der Wakenitz.

Dem Bauereibesitzer Flemming wird in der „Eisenb.-Ztg.“ bestätigt, daß er sich gegenüber seinem früheren

Ruffcher so benommen hat, wie wir geschildert. Das freut uns.

Direktor Wertberth von der Gewerbeschule geht nach Hamburg. Unter seinem Regime ward bekanntlich ein Modellbau, welcher an der Anstalt Unterricht erteilt, wegen seiner Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gemahregelt, ein Mann, der heute für würdig befunden worden ist, mit finanzieller Subvention die Pariser Weltausstellung zu besuchen.

Feuer. Gestern Vormittag hieß es in der Stadt, daß auf Tremz Großfeuer ausgebrochen sei. Die hiesige Berufswehr rückte mit mehreren Wagen aus. Erfreulicher Weise hat das Feuer den befürchteten Umfang angenommen. Es ist ein neben dem Eisenwerk liegendes, von den Arbeitern Bergern und Friedrichsen bewohntes Haus abgebrannt. Die Fabrikwehr leistete rasche Hülfe und verhinderte im Verein mit der Lübecker Wehr die weitere Ausbreitung des Feuers. Die vom Brande Betroffenen sind versichert.

— Unfall. Im Café Koepff (Niederegger) ist gestern Nachmittag ein junges Mädchen vom Balkon auf den Bürgersteig gestürzt. Anscheinend recht erheblich verletzt wurde es mittels Droische fortgeschafft.

Zubiel Sorgfalt in der Erziehung. Gewisse Eltern erinnern mich an meine kleine Nachbarin Else, die eines Tages, als ich gerade anwesend war, ganz in Thränen zu ihrer Mutter kam, und klagte, daß ihre Blumen nicht wachsen wollten; sie habe Alles gethan. Sie begossen, kleine Stäbchen mit Etiquetten in den Boden gesteckt, die Erde umgegraben, und nachgesehen, ob die Samen keimen. Else verdarb die Blumen durch zu große Sorgfalt; das, was ihnen noth war, schickte ihnen, Ruhe und die nöthige Zeit zur Entwicklung. So giebt es Eltern, die denselben Fehler begehen und ihren Kindern in der Entwicklung schaden, indem sie sich zu viel mit ihnen beschäftigen. Die fortwährende Sorgfalt, die beengende Aufsicht, die strenge Zucht, die fetten Befehle und vielfältigen Warnungen, mit dem unaufhörlichen „Thue das nicht!“ regen die Kinder auf, erbittern sie und nehmen ihnen jedwede Natürlichkeit und Initiative, und entstellen den Charakter, indem sie allen ihren Naturtrieben entgegenarbeiten. Es ist mit den Kindern, wie mit den Pflanzen, man muß ihnen Zeit lassen zu

wachsen. In der Erziehung muß, wie der „Praktische Wegweiser“, Würzburg, schreibt, die Natur mehr respektirt werden, als vielfach üblich. In dem Wachsthum einer Seele, in der Entfaltung eines Charakters, ist die Freiheit der Hauptfaktor. Ohne maßvolle Freiheit wird nichts Gutes geschaffen.

Niedriger Wasserstand im Elbe-Trave-Kanal. Sollte die Berechnung doch nicht so ganz stimmen?

Selmsdorf. Vom Blitze erschlagen wurde in der Nacht auf Montag im benachbarten Zarnowen ein bei den Großeltern auf Besuch weilendes Hamburger Kind.

Entin. Volksversammlungen finden in den nächsten Tagen im Fürstenthum Lübeck wie folgt statt:

Entin. Freitag, den 3. August, Abends 8 Uhr, bei Paul Schröder. Stodsdorf-Fackenburg. Sonnabend, d. 4. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei L. Paetan. Schwartau-Rensfeld. Sonntag, den 5. August, Abends 8 Uhr, bei G. Sternberg.

Die Tagesordnung lautet: „Die chinesischen Wirren und das deutsche Volk“ — Referent ist der Genosse Swienty aus Halle a. S. — Genossen agitirt für regen Besuch. Für Stodsdorf sind Karten à 10 Pfg. zu haben.

Glunshorn. Der Gewerkschaftsfestzug wurde verboten.

Briefkasten.

N. B. Uns fehlt darüber jede Kenntniß.

Sternschanz-Viehmarkt.

Samstag, 30. Juli

Der Schweinehandel verlief gut. Geführt wurden 200 Stück. Preise: Sengschweine — M., Serrischschweine: 48—50 M., leichte 52—53 M., Frauen 38—42 M., alte 48—51 M. pr. 100 Pfd.

Gewerkschafts - Ausflug

am 12. August 1900 nach Israelsdorf.

Karten sind zu haben bei Wittfoot, Huxstrasse; Leeke, Lederstrasse; Boysen, Böttcherstrasse; W. Menschel, Untertrave 53; im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50, und beim Comitee.

Das Comitee.

Logis für einen jungen Mann

Schmiebsstraße 25 2. Et.

Zu vermieten die 1. u. 2. Et., 4 Zimmer u. Zubehör 300 und 320 Mk. Warendorferstraße 10.

Ein Logis zu verm. Klappenstraße 22 a. 1. Et.

Gesucht zu sofort

ein ordentlicher Knecht

der mit Pferden umzugehen versteht. Dasselbst eine Frau zum Flaschenputzen. Wahrenhofstraße 18.

Durch Zufall ein guterhaltenes Bett billig zu verkaufen. Regdenstraße 24, 1. Et., 1.

Ein starkes fast neues Fahrrad zu verkaufen. Anfragen Mittags von 12—1 und Abends nach 6 Uhr. Ludwigstraße 71, 1. Et.

Wegen Mangel an Platz zu sofort eine neue Bettstelle mit Seegrasmattlage billig zu verkaufen. Effenstraße 12, part.

Neue Nachovis,

neue Sommerfangheringe in Gebinden jeder Größe empfiehlt

H. L. Wiegels, Fühberger. 61.

Aus bestem Hopfen u. Malz gebranntes

Braunbier

in Gebinden und Flaschen empfiehlt die

Brauerei von

Adolf Osbahr

Glockengießerstr. 87

NB. Jeden Mittwoch u. Sonnabend von 5 Uhr an:

Eimerbier.

Möbelkäufern

empfehle ich mein wirklich großes neu completirtes Lager dauerhaft gearbeiteter

Möbel jeder Art.

Folkers' Möbel-Magazin

25 Markgrube 25.

Preisermässigung.

Schuhwaren-Besohlanstalt

Fünshausen 28. Herren 1.40 M. Damen 1.00 M. Kinder 1.00 M. Nur Handarbeit.

Neue Fahrräder

billig zu verkaufen. Joachim C. B. Schmehl, Auctionator und Taxator, Hundestraße 14.

Mieth-Quittungs-Formulare

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

Schweinefleisch	Pfd.	55 Pfg.
Carbonade	„	70 „
Queefleisch	„	50 „
Kalbfleisch	„	40 „
Kopf und Bein	„	15 „
Flohm	„	50 „
Schmalz	„	60 „

W. Strohfeldt

Glockengießerstraße 73.

Achtung!

Berstarbeiterverband

Mitglieder-

Versammlung

am Mittwoch den 1. August

Abends 8 1/2 Uhr

bei Spahrman, Hundestr. 101.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Bitte der Mitglieder zu erscheinen.

Der Vorstand.

Achtung!

Kafenarbeiter!

(sämmliche Sectionen).

Gemeinschaftliche

Mitglieder-

Versammlung

am Donnerstag den 2. August

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:

1. Wahlen.

2. Antrag der Schauerleute.

3. Zwere Verhandlungsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen erucht

Der Generalbevollmächtigte.

Die Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Achtung Maler!

Versammlung

am Donnerstag den 2. August

Abends präc. 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Kasch.

Das Erscheinen sämmlicher Kollegen erwartet

Der Vorstand.

NB. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Frische Bier, 13 Stück 60 Pfg.

Obere Bahmstraße 10. Hans Wegener.

Nach Travemünde

per Dampfschiff „Pollux“ täglich. Nach Daffow via Travemünde jeden Mittwoch und Sonnabend. Abfahrt täglich Travemündel 2 Uhr Nachmittags. Strudfahre und Schlup anlauf. Näheres Fahrpl.

Gesellschaftshaus Adlershorff.

Heute Mittwoch den 1. August:

Vogelschießen, Concert und Ball.

Anfang des Schießens Morgens 10 Uhr.

Nur ganz kurze Zeit.

Circus Lobe

(früher Hagenbeck)

Lübeck, Burgfeld.

Heute Dienstag, Abends 8 Uhr:

Clown- u. Romiter-Vorstellung

oder ein Abend voll Frohheit u. Humor.

Wer lachen will, besuche heute den Circus.

Morgen Mittwoch:

2 Vorstellungen.

Nachm. 4 1/2 Uhr:

Familien- u. Schüler-Vorstellung.

Nachmittags 1 Kind frei,

jedes weitere Kind halben Preis.

Abends 8 Uhr:

Große Brillant-Vorstellung.

Alles Näheres wie bekannt und

durch Tageszettel.

Täglich Billet-Verkauf bei Fr. Sager,

Rohlmart 3.

Nach Schluß jeder Vorstellung Fahr-

gelegenheit nach allen Richtungen.

Hochachtungsvoll

A. Lobe, Director.

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

(14. November 1899 bis 12. Juni 1900.)

(Fortsetzung.)

Die Postgesetze.

Dem Reichstag sind drei Gesetze vorgelegt worden, welche die Post- und Telegraphenverwaltung betreffen. Es handelt sich bei dem ersten Gesetz um die Einführung einiger längst verlangter postalischer Reformen — die Erhöhung der Gewichtsgrenze für Briefe, Herabsetzung des Portos im Ortsverkehr von Berlin, Ermäßigung des Portos für Druckfachen, anderweite Regelung der Zeitungsgebühren, sowie Ausdehnung des Ortsverkehrs auf Nachbarorte.

Die Postverwaltung hat diese für den Verkehr notwendigen und im Interesse des korrespondierenden Publikums erforderlichen Erleichterungen mit dem Verlangen nach Ausdehnung des Postzwanges bepackt und einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch welchen der fernere Betrieb von Privatpostanstalten verboten wird. Wir machten unsere Zustimmung zu der Ausdehnung des Postzwanges und zu dem Verbot der Privatpostanstalten davon abhängig, daß erstens die Reichsverwaltung dem Publikum annähernd ebenso billige Tarife gewährt als die Privatpostanstalten, und daß zweitens ausreichende Entschädigungen an die Angestellten gezahlt werden. Da unsere Forderungen in dieser Hinsicht erfüllt wurden und es uns gelungen ist, für die bei den Privatpostanstalten Angestellten annehmbare Entschädigungsätze bzw. Uebernahme in den Reichspostdienst zu erzielen, haben wir dem Gesetz, betreffend einige Änderungen über das Postwesen, in welchem gleichzeitig die Sonntagsbestellung von Zeitungen durch Private in gleichem Umfang wie durch die Reichspost gesichert ist — hierbei kommt Mecklenburg besonders in Frage — zugestimmt.

Das zweite Postgesetz ist zur Neuregelung der Telegraphengebühren bestimmt und bringt neben einigen Erhöhungen der Gebühr für die ganz großen Städte Gebührenermäßigungen und Erleichterungen für den Anschluß an das Fernsprechnetz in mittleren und kleinen Städten und auf dem Lande. Die Fraktion hat auch diesem Gesetz zugestimmt.

Zu dem dritten Postgesetz, welches die Bezeichnung „Telegraphenwegesgesetz“ führt, ist der Reichsverwaltung das Recht verliehen, öffentliche Wege, welche sich im Eigentum von Gemeinden, Kreisen und Privaten befinden, zur Anlage von Telegraphenleitungen und Aufstellung von Telegraphenmasten usw. zu benutzen und Telegraphendrähte durch den Luftraum von einem Grundstück zum andern zu führen. Auch die Legung von Kabeln zum Zweck unterirdischer Telegraphenleitungen wird in dem neuen Gesetz geregelt. Für unsere Fraktion unterlag es keinem Zweifel, daß die im öffentlichen und Verkehrsinteresse notwendigen Telegraphenanlagen nicht verhindert werden dürfen durch Eigentumsrechte, welche Korporationen oder Private an öffentlichen Straßen, Plätzen oder Wegen besitzen. Es kam hierbei nur darauf an, die Rechte Dritter gegen die Verwaltung derart zu schützen, daß Besitzstörungen und Behinderungen bereits vorhandener Anlagen vermieden bzw. von der Reichsverwaltung entschädigt werden. Namentlich mußte für die Gemeinden durch das Gesetz Sicherheit geschaffen werden, daß ihre elektrischen Kraft-, Verkehrs- und Beleuchtungsanlagen, gleichviel ob dieselben im Straßenniveau, über oder unter der Erde liegen, vor Störungen durch neu zu errichtende Reichsanlagen geschützt werden, und daß Kosten, welche durch Schutzvorrichtungen solcher Anlagen oder durch etwa notwendig werdende Verlegung derselben entstehen, von der Telegraphenverwaltung getragen werden. Nachdem alle diese Bedingungen durch Amendierung und Änderung des Gesetzentwurfes erfüllt waren, konnten wir uns auch für dieses Gesetz erklären, so daß alle drei von der Reichspost- und

Telegraphenverwaltung eingebrachten Gesetzentwürfe die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion gefunden haben.

Gesetz zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. (Buchhausvorlage.)

Dem — mit Ausnahme der Korn- und Schlotjunger — von allen Parteien des Reichstages bekämpften Gesetzentwurf wurde bei der ersten Berathung in der vorigen Session nicht einmal die Ehre einer Kommissionsberathung zu Theil, trotzdem die Regierung, welche in einer sogenannten Denkschrift ein polizeiliches Meldebüro entstammendes, gänzlich unkontrollierbares Material herbeigeschleppt hatte, fast flehentlich um Kommissionsberathung bat. Kurz nach Wiedereröffnung des Reichstages im November vorigen Jahres begann die zweite Berathung dieses Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter, das angeblich zum Schutze der Arbeitswilligen geplant, das Koalitionsrecht der Arbeiter einschränken resp. aufheben, die Arbeiter an der Benutzung von Vertheidigungsmitteln im wirtschaftlichen Kampfe mit dem Unternehmertum verhindern sollte. Der, wenn es sich um Anebelung der Arbeiter handelt, allezeit bereite Helfer der Reaktion, Freiherr von Stumm, versuchte es noch einmal, von dem Buchhausgesetz wenigstens etwas zu retten, indem er wieder Kommissionsberathung beantragte — indes vergeblich, der Reichstag wollte sich nicht länger als absolut notwendig mit dieser Ausgeburt kapitalistisch-arbeiterfeindlichen Strebens beschäftigen. Der Antrag des Chefs der Schmarjacherkompanie auf Kommissionsberathung wurde wieder verworfen. Von unserer Seite wurde es in diesem Stadium der Berathung nicht mehr der Mühe für werth erachtet, die Redensarten der Gegner einer Widerlegung zu würdigen — wir wollten das Begräbniß der Buchhausvorlage nicht verzögern. Und es ging Schlag auf Schlag, Paragraph um Paragraph verschwand unter dem Hohngelächter derer, die davon getroffen werden sollten, in der Berathung, bis das Wort ertönte:

„Einleitung und Ueberschrift sind abgelehnt und hiermit der Gesetzentwurf in allen seinen Theilen. Eine dritte Berathung findet daher nicht mehr statt.“

Das war das verdiente Ende einer Gesetzworlage, die, gestützt auf eine Sammlung von Polizeigeschichten, dem Unternehmertum die Dienste und die Hilfe der Gerichte zur Verfügung stellen wollte.

Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung.

Zu dem ersten Abschnitt der letzten Session des Reichstages war die Gewerbeordnungs-Novelle einer Kommissionsberathung überwiesen worden. Die Vertreter der Fraktion beteiligten sich sehr eifrig an den Kommissionsarbeiten und versuchten durch zahlreiche Anträge die Regierungsvorlage zu verbessern. Der sehr umfangreiche Kommissionsbericht gab die Unterlage für die weitere Berathung der Novelle im Plenum des Reichstages, bei welcher Gelegenheit wir ebenfalls, wenn auch meist ohne Erfolg, die Forderungen der Arbeiterorganisationen in höherem Maße, als die Kommissionsbeschlüsse es gethan, zur Geltung zu bringen versuchten. In heißem Kampfe verteidigten unsere Redner die Fraktionsanträge und wiesen nach, daß die Regierungsvorlage die Mißstände, unter denen die Arbeiter leiden, nur oberflächlich streift, aber nicht gründlich beseitigt. Die wichtigsten Bestimmungen der Novelle, welche durch die Kommissionsberathung in manchen Punkten verbessert worden ist, beschäftigen sich mit der Regelung der Gefindevermietung und Stellenvermittlung, sowie der Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln für die Kleider- und Wäschekonfektion und mit der Beschränkung der Arbeitszeit für weibliche und jugendliche Arbeiter außerhalb der Fabrik.

Ferner enthielt der Entwurf Schutzbestimmungen für die Ladenangestellten. Nach wochenlangen Arbeiten in der Kommission fanden

die Verhandlungen in vieltägigen Debatten im Plenum in der Einzelberathung ihre Fortsetzung und gaben uns Gelegenheit, die sozialdemokratischen Forderungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu vertreten.

Wenngleich unsere Forderungen und Anträge — abgesehen von wenigen Ausnahmen — keine Annahme fanden, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Novelle gegenüber den bisherigen Zuständen manche Verbesserung enthält, sowohl durch die Vorlage als auch durch die Kommissionsberathungen.

Diese Verbesserungen der jetzt geltenden Rechtsverhältnisse für die Arbeiter und Handelsangestellten veranlaßten die Fraktion, bei der Schlußabstimmung für die Novelle zur Gewerbeordnung zu stimmen. Ebenso stimmte die Fraktion für folgende Resolution:

1. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen (§§ 135 bis 139 b der Gewerbeordnung) auf die Hausindustrie durch Erlass entsprechender Verordnungen (§ 154 Absatz 4) oder durch Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfes mehr als bisher zur Durchführung zu bringen;
2. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Erhebungen durch die Kommission für Arbeiterstatistik über die Arbeitszeit der Gehilfen, Gehilfinnen, Lehrlinge und Arbeiter in Kontoren und solchen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, und für das in den Verkehrsgewerben beschäftigte Hilfspersonal anzustellen;
3. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage thunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher bezüglich der Gehilfen der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher über die Arbeitszeit, die Kündigungsfristen, die Sonntagsruhe, die berufliche Aus- und Fortbildung die gleichen oder ähnliche Schutzvorschriften vorsieht, wie sie das Handelsgesetzbuch und die Gewerbeordnung hinsichtlich der Handelsangestellten enthält,

welche von der Kommission beantragt waren und vom Reichstage angenommen worden sind.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Barbier- und Friseurgehülfen Leipzigs, die Lohnforderungen gemacht hatten, haben sich mit den von der Innung gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt. Danach soll in Zukunft an die beim Prinzipal in Wohnung und halber Kost stehenden Gehülfen bis zum Alter von 18 Jahren ein Mindestlohn von 9 Mk., von 18—10 Jahren von 10 Mk., und für ältere Gehülfen ein solcher von 12 Mk. gezahlt werden. Gehülfen, die weder Kost noch Logis beim Meister haben, erhalten in den betreffenden Altersklassen 14, 16 und 18 Mk. Die Forderung, den Geschäftsschluß auf Wenigs halb neun Uhr festzusetzen, soll erst nach dem 1. Oktober d. J. geregelt werden. — Der Streik der Former in Rönneberg wurde nach dreizehntwöchentlicher Dauer ohne Erfolg beendet. Zuzug ist noch fernzuhalten. — In Kottbus kam zwischen den Maschinisten und Heizern und deren Arbeitgebern ein Vergleich zu Stande, so daß am Montag die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Sechste Generalversammlung des Zentralverbandes der deutschen Hafenarbeiter in Hamburg. Zu Beginn der Verhandlungen am Donnerstag wurde ein Antrag Jünger-Hamburg angenommen, dem Streikreglement als neue Bestimmung hinzuzufügen: „Bei einem Streik erhalten nur die Mitglieder Unterstützung, die drei Monate dem Verbands angehören. Nichtorganisirten und solchen Mitgliedern gegenüber, die noch nicht drei Monate dem Verbands angehören, übernimmt letzterer keine-

sich zu seinem Weibe schleichen und sich's wohl bei ihm werden lassen?“

„Rudolf, bist Du von Sinnen!“
„Schau' Dich nicht. Ich bin nicht erst seit gestern in der Gegend, wie Du vielleicht glaubst; ich kenne ihre Geheimnisse sehr wohl. Meinst Du, ich wüßte nicht, daß Dein Jugendfreund, der reiche Fabrikherr, sich hier als Dein Nachbar angesiedelt hat? — Wüßte nicht, daß Ihr Abends zusammen in den Wiesen spazieren geht wie ein Liebespaar —“

„Rudolf, hör' auf!“
„Daß er heute bei Dir war, den halben Abend lang, wer weiß, vielleicht bis jetzt, tief in die Nacht hinein! Ich sage Dir, hüte Dich — es könnte Euch schlecht bekommen — allen Weiden. Und denke nicht, daß, wenn ich wieder fort bin, Du hier unbeschadet bist.“

„Schweige!“ rief sie ihm empört zu.
„Hast Du die Stirn zu leugnen, daß Du und dieser Hellweg —“

„Gelder — fort — mir aus den Augen — geh!“
Sie stand hoch aufgerichtet vor ihm und maß ihn mit einem so verächtlichen Blick, daß er sich davor duckte, wie vor einem Peitschenhieb.

„Verzeih!“
Sie erwiderte nichts, sondern wies mit der Hand gebieterisch nach dem Gitterthor.

Als ob es kein Aufstehen gegen diesen stummen Befehl gäbe, zog er den Schlüssel aus der Tasche und öffnete leise das Schloß.

Er verträumte es, sich so weit vergessen zu haben. Es war eine kapitale Dummheit gewesen. „Gute Nacht, Anna — nochmals, verzeih.“

Die Thür schlug hinter ihm zu, ohne daß ein Laut über ihre Rippen gekommen wäre.
Draußen stieß er einen derben Fluch aus.

Gumpfland.

Roman von Dora Dunder.

(66. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Es handelt sich nicht um heute,“ fuhr Rudolf weiter fort, „vielleicht nicht einmal um morgen. Erst wenn ein alter Freund von mir, den sie schändlicher Weise auf acht Jahre in's Zuchthaus gesperrt haben, in einiger Zeit frei wird, dann soll die Sache so lukrativ werden, daß ich Dir ein standesgemäßes Heim bereiten kann. Der Betreffende hat damals zufällig ein ganz hübsches Kapital bei einem ehrlichen Mann aufstehen gehabt, das ihm dieser zu jener Zeit nicht zahlen konnte. Jetzt hält es der dankbare Wiedermann mit Zins und Zinseszins zu meines Freundes Verfügung. Das Geld will ich haben — und er wird es mir auch geben, denn er weiß so gut wie ich, daß er's nicht besser anlegen kann.“

Anna unterbrach ihn rasch: „Bist Du wirklich so tief gefallen, daß Du Dich in solchem Treiben, in der Gesellschaft von Zuchthäuslern und dergleichen Gesindel glücklich fühlen kannst?“

„Glücklich, nein — aber ich vergesse in diesem Treiben wenigstens die wühlenden Dualen, die Du mir geschaffen hast — und manches Andere noch. — Glück! Du weißt recht wohl, Anna, daß ich nur einen Augenblick wahren Glückes im Leben gekannt — den, da ich glaubte, Du wärst endlich mein!“

„Schweige — Schweige davon!“
„Schweige davon! Und das sagt mein angetrautes Weib! Zu wem soll ich denn von Liebe und Vereinerung sprechen, wenn nicht zu Dir? Wirklich lustig! — Ich könnte ein artiges Lieblein vom Eheglück fangen — nach bekannter Melodie auf allen Gassen zu plärren:

„Die erste, die verliebte mich!“
„Die zweite, die verließ mich!“

„Was heißt das Alles?“

„Das heißt, mein Täubchen, daß ich lange vor Dir schon ein anderes Weib besaß.“

„Rudolf!“

„Du brauchst Dich nicht zu entsetzen, ich lebe nicht in Bigamie, es hat Alles seine gesetzliche Ordnung gehabt. Ein Paradies war meine erste Ehe auch nicht, aber ein wenig besser als Du hat meine Erste mich doch behandelt, sie hat mich wenigstens kurze Zeit wirklich lieb gehabt, lange hat's freilich nicht gedauert, dann ging sie von mir. Es ist lange her, jung war ich damals, und es hat mich nicht allzu tief getroffen. — Nun ist sie todt, vielleicht auch das Kind, wer weiß!“

„Das Kind? Auch ein Kind hattest Du — und davon sprichst Du mir erst heute?“

„Weshalb sollte ich Dir's früher sagen? Weshalb überhaupt? Es ist mir nun gerade so entfahren. Meinst Du, dieser Umstand hätte Deine ohnehin recht schwächliche Liebe angefaßt? Thäte es heute? Ich bezweifle es. Uebrigens ist das Kind seit Jahren verschollen, jede Spur verloren — kein Zweifel, es folgte seiner Mutter nach. Es ist mir nahe gegangen, sehr — ich habe es lieb gehabt — wenn das Kind mir gebüben wäre — wer weiß —“

Er unterbrach sich und fuhr ein paar Mal nervös mit der Hand über die Stirn.

„Ach was, lassen wir die alten Geschichten. Sie wären längst vergessen, wenn Du mich liebtest, wenn Du mir hütest, wie es einem Weibe geziemt. — Aber ich habe es satt — ich will nicht länger der Narr sein, mich von meiner Frau ausperren zu lassen, nicht länger umherirren wie ein geheutes wildes Thier. Du bist in meiner Gewalt — ich kann Dich zwingen, mich bei Dir anzunehmen. — Ja, stöhne nur und hebe die Hände gegen mich. Auch ich habe manche Nacht durchstöhnt — oder glaubst Du etwa, daß es ein sonderlich angenehmes Gefühl für einen Ehemann ist, wenn er im Verborgenen sie hen und zuse muß, wie Andere

Bei Unterstützungspflicht." Durch diesen Beschluß soll, wie allerseits in der Debatte betont wurde, verhindert werden, daß sich Unorganisirte mit der Argumentation von dem Verbande fernhalten, daß sie bei einem Streit ja doch Unterstützung bekämen. Der Antrag des Zentral-Vorstandes, daß Streiks an Orten, wo nicht mindestens 75 Prozent Berufskollegen organisiert sind, nicht proklamiert werden dürfen, wurde vom Antragsteller zurückgezogen, weil man sich in der Debatte allgemein gegen diesen Antrag aussprach. Schließlich wurde noch ein Ausschufsantrag angenommen: Die Lokalverwaltungen sind verpflichtet, allwöchentlich einen Bericht über den Stand des Streiks an den Zentralvorstand abzugeben. Damit war das Streitreglement erledigt, jedoch wurde noch eine Resolution von Will-Hamburg angenommen, nach der bei Ausbruch jedes Streiks ein Mitglied des Zentralvorstandes sich an Ort und Stelle begeben, die Verhältnisse unparteiisch prüfen und, falls eine Berechtigung zur Arbeitseinstellung nicht vorliegt, den Streit inhibieren soll. Zum Rechtsschutzreglement wurde ein Antrag Braun-Duisburg angenommen, nach dem außer in gewerblichen Streitigkeiten und Unfallsachen auch bei Streitigkeiten von Mitgliedern mit Krankenkassen Rechtsschutz gewährt werden soll. Damit war die Beratung des gesamten Statuts erledigt.

Es folgten nun allgemeine Anträge. Zuerst entspann sich eine lebhafte Debatte über den Antrag der Schauerleute Hamburgs, zur Ueberwachung der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung des Verbandsorgans eine Preßkommission von drei Personen einzusetzen. Der Antrag wurde schließlich angenommen. Auf einen von 12 Mitgliedschaften gestellten Antrag wird beschlossen, das Verbandsorgan fortab monatlich erscheinen zu lassen. Ebenfalls wird beschlossen, einen zweiten besoldeten Verbandsbeamten anzustellen. Die Mühlens- und Speicherarbeiter Altonas hatten beantragt, eine allgemeine Statistik innerhalb des Verbandes über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Familienverhältnisse, Krankheitsfälle u. s. w. von Zeit zu Zeit vorzunehmen. Der Antrag wurde nach einiger Debatte angenommen. Ein Antrag der Mitgliedschaft Altona, für den Verband einen bestimmten Rechtsanwalt als Rechtsbeistand anzustellen, wurde einstimmig abgelehnt. Mit Annahme eines Antrages des Zentralvorstandes, den Mitgliedschaften die Einführung von Kontrollkarten zu empfehlen, mittelst deren festgestellt werden kann, wer Mitglied des Verbandes ist oder nicht, waren die vorliegenden Anträge erschöpft. Es wurde beschlossen, den beiden Verbandsbeamten ein Jahresgehalt von je 1800 Mk. und im Sommer je acht Tage Ferien zu gewähren. Dem unbesoldeten Schriftführer wurden 150 Mk. Gratifikation bewilligt. Der Antrag für Arbeitsvermittlung der Delegierten und in der Agitation thätigen Referenten wurde auf 5 Mk., die Diäten auf 7 Mk. festgesetzt. Zum Ort der nächsten Generalversammlung wurde wiederum Hamburg bestimmt, zum Sitz des Ausschusses Altona. In den Vorstand wurden gewählt: zum ersten Vorsitzenden Joh. Döring, Schauermann, zum zweiten Vorsitzenden Warlich, Kalarbeiter, zum Schriftführer Jul. Heineder, Speicherarbeiter, zum Kassierer Aug. Heitmann, Schauermann, und zum Beisitzer Detleffen, Kohlenarbeiter, sämtlich in Hamburg. Zum Vorsitzenden der Revisionskommission wurde Will-Hamburg wiedergewählt. Zu Mitgliedern der Preßkommission wurden Schleef, Jünger und Schläpfer-Hamburg gewählt. Zum nächsten deutschen Gewerkschaftscongres wurden als Delegierte Döring-Hamburg und Deder-Magdeburg, zu Erschmännern Jünger-Hamburg und Neumann-Stettin gewählt. Zu dem im September d. J. zu Paris stattfindenden internationalen Transportarbeiter-Kongress wurde Döring delegiert. Schließlich wurden noch Döring, Heineder, Jünger und Schläpfer zu einer Kommission gewählt, die eine Vorlage zwecks Einführung des Unterstützungswezens in der Verbandsausarbeit und bei den Mitgliedern des Verbandes zur Abstimmung bringen soll. Das Protokoll über die Verhandlungen dieser Generalversammlung soll in Broschürenform hergestellt und gratis an die Mitglieder verteilt werden. Die Kosten sollen aus den Lokalfassen bestritten werden. Damit war die Tagesordnung erschöpft, und Döring gab einen kurzen Ueberblick über die Thätigkeit der Generalversammlung. Er wendete sich dabei gegen die Idee der neutralen Gewerkschaften und schloß nach einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung und den Hafenarbeiter-Verband die Generalversammlung.

Dann biß er die Zähne übereinander und murmelte wütend:

"Warte nur! Einmal sang ich Euch doch! Und dann wehe Dir und ihm!"

38. Kapitel.

Hilbe falt hatte ihren Willen doch durchgesetzt. Wenige Tage nach jenem Sonntag in Segenhans hatte Hellweg seine Pfllegevater aus München kommen lassen.

Freilich hatte Fräulein Hilbe nur kurze Zeit die Freude gehabt, die Fremden in ihrem Hause zu behalten.

Hellweg hatte Alles daran gesetzt, die Einrichtung der zierlichen, rothen Villa zu beschleunigen, um Eva so bald wie möglich unter seinem eigenen Dache zu haben.

Seit jener Aussprache mit Anna in der Geißblattlaube war eine große Bitterkeit in ihm, die nur die Gesellschaft des unruhig trohen Kindes einigermaßen hinwegzulaufen vermochte, dessen Vorrecht es schien, überall, wohin es kam, Sonnenstrahlen zu verbreiten.

Auch Segenhans war bald dieses Sonnenstrahls theilhaftig geworden, dafür aber auch für das Kind eine zweite Heimath, eine Heimath freilich, von der Georg nicht viel sah.

Er vernahm Segenhans, so viel er konnte.

Vergebens wartete er von Woche zu Woche, daß Anna ihm sagen würde — ich bin Deinen Wünschen entgegengekommen — ich habe den fernem Gatten um meine Freiheit gebeten; — aber nichts, nichts erfolgte.

Wenn sie einander sahen, ging sie bleich und wortlos mit einem stillen entsetzten Blick nach, dem offen verträumten Kanne ein nicht zu entweichendes Räthsel.

Zuweilen, wenn die Sehnsucht gar zu übermächtig in ihm wurde, die Hoffnung auf eine nahe Zukunft sich

Eine gute Antwort. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Badens hat beschlossen, als Ersatz für das beschlagnahmte Flugblatt, den vom Genossen Singer erarbeiteten Reichstagsbericht, welcher 48 Seiten stark ist, in 10 000 Stück zu verbreiten. Bravo!

Zwanghaft wegen Zeugnisverweigerung. Die Beschwerde unseres Genossen Hermann Seifarth in Gera gegen die über ihn verhängte Zwanghaft wegen Zeugnisverweigerung ist von der Ferienstrafkammer aus denselben Gründen verworfen worden, wie die Beschwerde über die erste Verurteilung zu 50 Mark Geldstrafe. Seifarth wird nunmehr Beschwerde an's Oberlandesgericht einlegen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Erschossen wurde, wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Danzig meldet, der Kanonier Rigelstki vom Fußartillerie-Regiment Nr. 2 bei einer Schießübung auf dem Schießstand zu Weichselmünde. Rigelstki, der an der Scheibe stationirt war, hatte das Sicherheitsignal unbeachtet gelassen und war hinter der Scheibe vorbeigelaufen, als ein Unteroffizier einen Gewehrstoß abfeuerte, der Rigelstki tödtete. Der Schütze ist angeblich schuldlos an dem Unglück. — Bei einem Gewitter, das am Donnerstag über den Kreis Elbing, Pr. Holland, Marienburg niederging, wurden über zwanzig Brände durch Blitzschlag hervorgerufen, meistens sind ganze Gehöfte niedergebrannt. Bei Stuhm wurde eine Feldarbeiterin, bei Gr.-Nichtenau ein Feldarbeiter, bei Dt.-Damerau ein Milchmädchen beim Melken vom Blitzschlag getödtet. In Carthaus ist ein sechsjähriger Knabe, der mit seinem Bruder zusammen in einem Bette geschlafen hat, vom Blitzstrahl getroffen und getödtet worden. Sein kleiner Bruder blieb unverfehrt. In Groß-Nichtenau wurde bei der Feldarbeit ein Arbeiter und zwei dem Gutsbesitzer Dr. Tornier gehörige Pferde vom Blitze erschlagen. Ein zweiter Arbeiter wurde betäubt. — Der Blitz schlug am vorletzten Sonntag in eine an der Scheune des Besitzers Burchalla zu Polommen, Kreis Sensburg, stehende Tanne, ein und zückte auch die Scheune in Brand. Die Familienangehörigen des B. und andere im Wohnhause befindliche Personen, welche gerade mit dem Abhänge eines Chorals beschäftigt waren, glaubten — so erzählt das „Ortelsh.“ — erst die letzten drei Verse des Chorals zu Ende singen zu müssen und kamen somit sehr spät hinaus, um Anstalten zum Retten zu treffen. Dießem Umstande ist es mit zuzuschreiben, daß das ganze Gehöft abgebrannt und 1 Pferd, 2 Kühe, 1 Schaf, 1 Schwein mitverbrannt sind. — Die Papier-Ausstattungs-Fabrik Hahne u. Werninghaus in Döhren (Hannover) ist niedergebrannt. 200 Arbeiter sind brotlos. Der Materialschaten beläuft sich auf etwa eine halbe Million. — Wie der „Böhm. Anz.“ meldet, stürzten in Weimar in Folge Bruches einer Leiter sechs Dachdecker vom Dache eines Neubaus. Zwei wurden tödtlich verletzt, vier erlitten schwere Arm- und Beinbrüche. — Einen Kampf bis aufs Messer führte dieser Tage ein Mann mit seiner Ehefrau in Köln. Die Eheleute hatten sich in ihrer Wohnung an der Schimmer-Gasse derart bekämpft, daß schließlich beide kampfunfähig und so schwer verletzt waren, daß sie beide ins Bürger-Hospital gebracht werden mußten. — Durch einen umstürzenden Mauerpfeiler wurden an der Schulstraße zu Witten drei spielende Kinder aus den Familien des Oberlehrers Bruno und des Stadtschreibers Franz verschüttet, zwei getödtet, eins schwer verletzt. — In der Bauhofs-Kaserne in Mainz ist unter den Mannschaften eines Zimmers des 3. Fußartillerie-Regiments die Genickstarre ausgebrochen. Die betreffenden Mannschaften wurden in das Fort Elisabeth verbracht, die Räume wurden desinfiziert. — Eine Gesellschaft von drei Personen wurde beim Abstieg vom Matterhorn (Schweiz) durch eine Lawine verschüttet. Der Führer Alphons Furrer ist todt, ein anderer Führer und ein Engländer sind schwer verletzt. — Die Hitze in Paris fährt fort, zahlreiche Opfer zu fordern. Die Sterblichkeit ist von einer Woche zur anderen von 982 auf 1547 gestiegen, der Ueberstich an Todesfällen ist fast ausschließlich von Kindern geliefert; außerdem wurden 40 Todesfälle von Hitzschlag verzeichnet. Die Zeitungen haben jetzt eine besondere Rubrik für plötzlichen Tod auf der Straße; am Donnerstag gab es hiebzehn solcher Fälle. Die Omnibus- und Droschkengesellschaften haben seit zehn Tagen von ihren 40 000 Pferden 1200 an Hitzkrankheiten verloren. — Der alte Jopff ist endlich gefallen — nicht in China, sondern nur in London, und dort auch nur für kurze Zeit. Wegen der entsetzlichen

Hitze erschien dieser Tage in der „Bank der Königin“ der Richter ohne Perrücke, was unter den Zuhörern geradezu Entsetzen erregte, denn ein solcher Bruch mit den ältesten Ueberlieferungen der englischen Justiz konnte nur als traurige Folge eines Sonnenstichs aufgefaßt werden. Der Richter erklärte aber, daß er Nichts dagegen hätte, wenn auch die Sachwalter und die Advokaten „unbedeckt“ ihre Weisheit zum Besten gäben. Nach diesen menschenfreundlichen Worten warfen sämtliche Anwälte ihre Perrücken in die Ecke. — Der bei dem großen Brandunglück in Hoboken gesunkene Dampfer „Main“ des Norddeutschen Lloyd ist Sonnabend gehoben.

Boyer auf Vorkum. Fürchterliches ist auf der Nordsee-Insel Vorkum passiert — dem Eldorado der Antisemiten. Die guten Leute hatten es sich seit Jahren zum Prinzip gemacht, alle Juden vom Strande dieses Seebades fortzuekeln, indem sie jeden Abend unter Aufsicht der Badekapelle ein sogenanntes „Vorkum“-Lied sangen, das mit den schönen Worten kliebt:

„Doch wer Dir naht mit platten Füßen,
Mit Nosen trennen und Haaren kraus,
Der soll nicht Deinen Strand genießen
Der muß hinaus! Der muß hinaus! Raus!“

Ein Spatzvogel und — was für die Deutschen das Empörendste ist — ein königlicher Waurath, der zu allem Unglück auch noch den ganz unjüdischen Namen Hensel trägt, hat sich nun am Sonnabend Abend den Vorkumer Scherz gemacht, dieses antisemitische Liedlein in einem Vorkumerkriegegelang umzubilden, worin die Chinesen aufgefordert werden, die Deutschen zu massakriren und worin der schöne Refrain des Judenfeindes also erscheint:

„Doch wer Dir naht mit blonden Haaren,
Mit weißem Teint und blauem Aug',
Der soll nicht Deinen Schutz erfahren,
Dem schick' den Bock! Dem schick' den Bock!“

Und nicht bloß gedichtet hat er's, nein, er hat es auch drucken und vertheilen lassen — dieses „blutthänderische Pamphlet“, wie die antisemitische „Wacht“ mit anklagendem Ausblick zum Himmel stöhnt. Natürlich hat sich das Herz aller Deutschen aufgebäumt, wie ein wildes Roß — nicht eher ruhte man, bis der Attentäter aufgespiert war. Dann ist über ihn ein fürchterliches Synchgericht abgehalten worden. Man hat ihn beschimpft, gehohlet — wie die „Wacht“ mit besonderer Genugthuung meldet, voran zwei Majors unter den „Richtern“ — am Arm vom Strande weggeführt — die Hoffnung des Vaterlandes, deutsche Huden, haben ihm das Geleit unter Absingen des Vorkumliedes gegeben und das Haus, das den Uebelthäter beherbergte, wurde gleich der denkwürdigen Feste in der Rue Chabrol zu Paris belagert, so daß ein Gendarm es überwachen mußte. Der Ausbruch des Germanenzorns ist aber auch nicht umsonst gewesen — der „Judenproßling“ — das ist er nach der „Wacht“, zum Juden ist er leider nicht zu machen — hat Vorkum in eifriger Flucht verlassen. Das Vaterland ist vorläufig gerettet. Wer noch daran zweifelt, daß Deutschland vor allem berufen ist, Kultur nach Ostasien zu tragen und die kulturfeindliche Boyersette auszurotten, der ist jedenfalls ein plattfüßiger Judenproßling!

Ein „Haar-Krach“ steht in Frankreich bevor. Die zu hoher Blüthe gediehene französische Haar-Industrie ist durch den Aufstand der Boyer in eine sehr üble Lage gerathen. Die Perückenmacher jammern, daß ihr Geschäft zu Grunde gehe. Sie haben das Haar, das sie verarbeiteten, bisher zum größten Theil aus China bezogen, und zwar zu mäßigen Preisen, diese aber haben sich seit Ausbruch der Unruhen in wenigen Wochen vervielfacht, sind von 20 auf 100 Franks für das Kilogramm gestiegen. Der Bezug von Haar aus anderen Ländern ist schwierig. Die Franzosen sind auf ihren natürlichen Kopfschmuck zu stolz, als daß sie ihn überhaupt hergeben würden. Man hat ihnen schon 100 Franks für das Kilogramm geboten, und da eine mit starkem Haarwuchs ausgestattete Frau gut 500 bis 600 Gramme abgeben könnte, wäre da ein hübsches Stück Geld zu verdienen. Allein selbst den ärmsten Mädchen sind ihre Haare lieber als drei Louisdors; ehe sie sie verkaufen, würden sie lieber Hungers sterben. Dazu kommt, daß die französischen Perückenmacher ihr Hauptabsatzgebiet in Amerika haben und dort mehr Werth auf Stärke und Länge des Haars gelegt wird, als auf Schönheit. Diesen Anforderungen aber genügt gerade das chinesische Haar in hervorragendem Maße. Der Krach steht daher vor der Thür.

nicht unterdrücken ließ, erwartete er sie zwischen Villa Eva und Charlottenburg, an den Tagen, an denen sie ihre kunstreichen Arbeiten zur Stadt brachte.

Wie gern hätte er ihr gesagt: „Laß mir die Sorge für Dich und die Deinen, weshalb quälst Du Dich — bin ich jetzt nicht da, und habe ich nicht genug — übergenug für uns Alle?“

Aber kein einziges Mal hatte er dies oder ein ähnliches Wort über die Lippen gebracht; er wußte im Voraus, daß sie ihn zurückweisen würde.

In ihrem ganzen Wesen lag eine förmlich angibtvolle Ablehnung gegen jede seiner Annäherungen. Nach und nach bemächtigte sich seiner das Gefühl, er habe sie sich durch jene offene Aussprache, nur noch mehr entfremdet. Dennoch bereute er nicht, daß er gesprochen hatte.

Wenn sie so, Seite an Seite, auf staubigen Wegen durch des Sommers Gluth dahinschritten, sprachen sie kaum noch von sich selbst. Einzig von Eva und Nag war dann die Rede.

Gleich in den ersten Stunden schien in den Herzen dieser beiden jungen, warmherzigen Menschen die Liebe aufgegangen zu sein. Noch hatte sich keins dem Anderen offenbart, und Georg und Anna, wissend gemacht durch die heisse Empfindung, von der sie selbst durchdringt waren, lassen vielleicht deutlicher in diesen jungen Herzen, als ihre Pfllegebesohlenen selbst es thaten.

Zuweilen auch sprach Georg zu Anna von der Fabrik, für die sie von Anbeginn ab ein tiefgehendes Interesse zeigte.

Es war nicht Alles so, wie es sein sollte. Unter den Arbeitern herrschte seit einiger Zeit eine aus den Verhältnissen der Fabrik nicht recht erklärlche Mißstimmung, deren Quelle Georg jedoch nicht zu entdecken vermochte. Die Unzufriedenheit mußte von irgend einer ihm

unbekannten Seite geschürt werden. Der alte Weber, ein langjähriger Werkmeister aus Krügers Fabrik, den dieser Georg überlassen hatte, damit er von Anfang an einen tüchtigen, zuverlässigen Mann zur Seite habe, meinte, es müsse da irgend ein Subjekt vorhanden sein, das persönliche Gründe für seine Feindschaft gegen Hellweg habe. Diesem Subjekte müsse es gelingen sein, zumal auf den öfter wechselnden Theil der Fabrikarbeiter Einfluß zu gewinnen und sie gegen Hellweg aufzuregen. Der alte Werkführer mochte vielleicht zu schwarz sehen; aber die wachsende Mißstimmung ließ sich nicht leugnen und Weber mahnte deshalb zu doppelter Vorsicht und rieth von der Einstellung fremder, unbekannter Leute ab.

Anna hatte sich bei Gelegenheit dieser Unterredungen meist auf die Seite der Hellweg'schen Arbeiter gestellt. Auch sie war der Ansicht, daß der Stamm der Arbeiter zuverlässig sei und stimmte darum dem alten Weber bei, daß persönliche Feindschaft unter irgend einer Maske Einfluß ausübe.

Die sachlichen Unterredungen Georgs und Annas auf den Wegen zwischen der rothen Villa und Charlottenburg, hatten inzwischen ein jähes Ende erreicht und gleichsam eine eigenthümliche Illustration als Schlußvignette erhalten.

An einem Tage zu Beginn September, als sie wieder einmal zusammen den Wiesenweg entlang geschritten waren, hatten sich plötzlich hinter der Hecke des landigen Fahrweges zwei Gestalten gezeigt, bei deren Anblick Anna ein tödtlicher Schreck befallen hatte. In dem Einen hatte Georg einen Tagelöhner Namens Gruner zu erkennen geglaubt, den er wegen Widersehlichkeit Knall und Fall aus der Arbeit entlassen hatte, der Andere, ein kleiner, muskulöser, tiefbrünetter Mensch, mit schäbiger Eleganz gekleidet, war ihm völlig fremd gewesen.

(Fortsetzung folgt.)